

Schuften für Shein

Wo die Billigmode der Generation Tiktok genäht wird

Public Eye



Timo Kollbrunner

Zurück in die Zukunft

«She»-wer? Das war meine Reaktion, als ich zum ersten Mal von einer Kleidermarke namens «Shein» hörte. Während weltweit Millionen Teenager ihr Taschengeld für Berge spottbilliger Shein-Teile verprassen, ist der chinesische Onlinehändler vielen über Dreissigjährigen wohl bis heute kein Begriff.

Als ich dann einmal in diesen Kosmos eingetaucht war, verstand ich rasch, wieso man dort immer wieder auf Bekenntnisse meist sehr junger Frauen stösst, sie seien «addicted to Shein». Süchtig nach der Riesenauswahl an Kleidern, nach den Anprobiervideos auf Tiktok, nach der Verschmelzung von Mode, Musik und Lebensgefühl in einer digitalen Traumwelt.

Einerseits wirkt Shein wie ein Unternehmen aus der Zukunft: Das Artikeldesign beruht auf Algorithmen, die mit Daten unzähliger Websites gefüttert werden, ein dichtes Netz an Zulieferern sorgt für ultrakurze Produktionszyklen, das Angebot ist hauteng zugeschnitten auf das individuelle Klickverhalten. Und gleichzeitig mutet Shein wie ein Relikt aus vergangenen Zeiten an: Wegwerfware zu Tiefstpreisen, kaum Informationen zur Herstellung, keine Reaktion auf Medienanfragen – als hätte es nie Diskussionen gegeben um Nachhaltigkeit oder Lieferkettentransparenz.

Da hilft nur noch die investigative Recherche. Der chinesische Überwachungsapparat bringt es allerdings mit sich, dass die zwei Rechercheurinnen und der Fotograf, die für uns in der Metropole Guangzhou unterwegs waren, anonym bleiben müssen. Insbesondere ihrer Arbeit ist es zu verdanken, dass wir erstmals von Näher*innen erfahren, was es heisst, für Shein zu schufteln: über 75 Arbeitsstunden pro Woche, kein Arbeitsvertrag, keine Sozialleistungen. Dass die Zulieferer damit gegen chinesisches Gesetz verstossen, scheint niemanden zu kümmern.

Wie kann ein Konzern, der sich derart um seine gesellschaftliche Verantwortung foutiert, in die Pflicht genommen werden? Licht auf solche Praktiken zu werfen, ist ein erster Schritt – um die Dringlichkeit aufzuzeigen, dass auch die Politik aktiv werden muss. Denn der Gefahr, dass die Errungenschaften punkto Arbeitsrechte oder Sicherheit, die in den letzten Jahren dank hartnäckiger Arbeit erzielt worden sind, durch Konzerne wie Shein zunichtegemacht werden, kann nur mit verbindlichen Vorgaben zu Transparenz und Konzernverantwortung begegnet werden.

Dank Ihnen!

Die Reportagen und Analysen in unserem Magazin und die Recherchen, auf denen diese beruhen, sind nur dank der Unterstützung unserer Mitglieder und Spender*innen möglich.

Sie sind bereits Mitglied? Herzlichen Dank! Doppelten Dank, falls Sie eine Mitgliedschaft verschenken. publiceye.ch/geschenkabo

Sie sind noch nicht Mitglied? Mit 75 Franken pro Jahr sind Sie dabei und erhalten regelmässig unser Magazin. publiceye.ch/mitglieder

Oder wollen Sie uns zuerst kennenlernen? Dann bestellen Sie gratis drei Ausgaben als Schnupperabo. publiceye.ch/schnuppern

Wir freuen uns, von Ihnen zu hören.

Public Eye

PUBLIC EYE – MAGAZIN Nr. 27 Januar 2021

REDAKTION & PRODUKTION
Romeo Regenass (D) und
Ariane Bahri (F)

LAYOUT & INFOGRAFIK
opak.cc

TITELBILD
Panos Pictures

DRUCK
Vogt-Schild Druck AG
Cyclus Print & Leipa, FSC

AUFLAGE
D: 30 500 Ex. / F: 9 800 Ex.

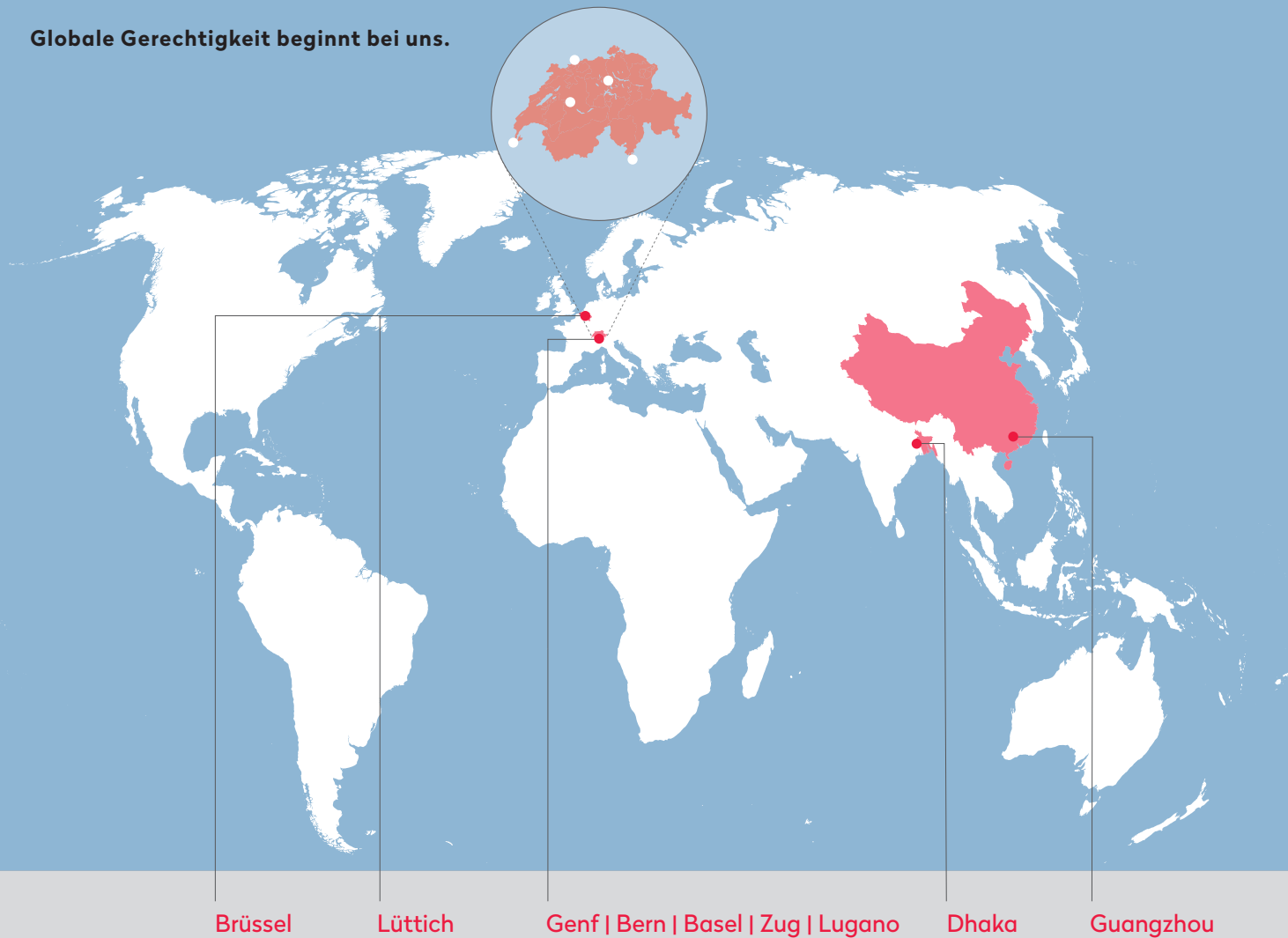
ISSN
2504-1266

KONTAKT
Public Eye,
Dienerstrasse 12,
Postfach, 8021 Zürich
–
Tel. +41 (0)44 2 777 999
kontakt@publiceye.ch
–
publiceye.ch

SPENDENKONTO
80-8885-4

–
Das Public Eye Magazin
erscheint sechs Mal pro Jahr
in Deutsch und Französisch.
Mitgliedschaft inklusiv
Abonnement 75 Franken
pro Jahr.





Brüssel

Lüttich

Genf | Bern | Basel | Zug | Lugano

Dhaka

Guangzhou

Prekäre Arbeitsbedingungen: die neue Billigmodemarke Shein

4 Die ganz Jungen stehen auf den schrillen Onlinehändler. Doch die Arbeiter*innen schufteten dafür bis zu 75 Stunden in der Woche. Eine exklusive Recherche von Public Eye in Südchina und im Logistikzentrum für Europa.

Guangzhou, China | Lüttich, Belgien

Offshore-Eldorado Schweiz: Briefkastenfirmen florieren

22 Die Pandora Papers zeigen erneut, wie hiesige Anwaltskanzleien und Treuhandbüros weltweit Korruption und Geldwäscherei ermöglichen. Auf Spurensuche im Land der Briefkastenfirmen.

Zug und Lugano, Schweiz

In der EU verbotene «Bienenkiller» werden tonnenweise exportiert

32 Im Export von bienenschädlichen Insektiziden, die in der EU verboten sind, ist der Basler Konzern Syngenta mit Abstand die Nummer eins. Viele EU-Regierungen schauen tatenlos zu.

Brüssel, Belgien | Basel, Schweiz

Als Trafigura plötzlich keine Schweizer Firma mehr war

38 Im Sommer fiel das grösste einheimische Unternehmen aus dem wichtigsten Ranking der Schweizer Wirtschaft. Was steckt hinter der Ausbürgerung des Rohstoffkonzerns Trafigura?

Genf, Schweiz

WTO-Treffen in Genf: Wohlstand für alle statt Profit für Konzerne

40 Die Welthandelsorganisation WTO benötigt die Vision eines neuen globalen Handelssystems. Eine Erklärung der Zivilgesellschaft plädiert für eine grundlegende Neuausrichtung.


Genf, Schweiz

Nur vier Schweizer Firmen bei Abkommen in der Textilindustrie

42 Gewerkschaften und über 140 Modefirmen weltweit haben sich auf ein neues internationales Abkommen für Gesundheit und Arbeitssicherheit geeinigt. Aus der Schweiz sind Coop, Migros, Tally Weijl und Triumph dabei.

Dhaka, Bangladesch

Hinter der funkelnden Fassade des Fashion- Giganten Shein



Aus dem Reich der Mitte kometenhaft nach oben: Mit einer riesigen Palette an unverschämt günstigen Artikeln und offensivem Auftritt in sozialen Netzwerken läuft der Onlinekleiderhändler Shein Branchengrößen wie H&M und Zara in der Gunst um Geld und Gefühle junger Frauen den Rang ab. So grell die Marke auftritt, so undurchsichtig bleibt die Firma dahinter. Public Eye hat sich aufgemacht, die dunkleren Seiten auszuleuchten – bis in die verwinkelten Gassen der chinesischen Millionenstadt Guangzhou, wo Tausende von Arbeiter*innen bis zu zwölf Stunden am Tag den Stoff vernähen, aus dem die Teenie-Träume sind.

Willie Gomez ist total begeistert. Er finde es grossartig, sagt der Popsänger aus der Karibik, dass Shein eine «so inklusive» Show auf die Beine gestellt habe, eine, in der «alle Ethnien, alle Formen und Grössen» vertreten seien. Schnitt. Wir sind jetzt im Backstage, «ich bin bereit», sagt Willie unter seiner Maske, «los geht's». Wieder Schnitt. Willie Gomez steigt aus einem Cadillac und schickt sich an, unter grossem körperlichem Einsatz eine Latino-Schnulze zu intonieren – begleitet von einer rasch wechselnden Schar extravagant gekleideter Tänzer*innen, sorgsam selektioniert nach der Prämisse der Diversität, gross und klein, dick und dünn, ein Panorama an Herkünften und Hautfarben. Nach Willie Gomez tritt Blu Detiger auf, eine Sängerin und Bassgitaristin aus New York, die findet, Shein revolutioniere das Verständnis davon, «was eine Fashion-Show sein kann». Der Dancefloor ist begrenzt durch farbige Neonröhren, sonst ist alles schwarz, bis auf den riesigen, weissen Shein-Schriftzug am Boden. Publikum gibt es nicht. Dieser Ort könnte überall sein – oder nirgends.

«Shein X Rock the Runway» solle «die Dynamik der Mode, die Energie der Musik und die Kraft des Tanzes» vereinen, heisst es im Intro der Show, die Ende September live über Youtube, Instagram und die App von Shein ausgestrahlt wird. Auf deren Webseite können an den Tagen danach in der Kategorie #SHEINXRockTheRunway bis zu 6000 verschiedene Kleidungsstücke bestellt werden – bis der Menüpunkt zehn Tage nach Ausstrahlung des Streams plötzlich wieder verschwindet.

Doch die Auswahl bleibt beileibe gross genug. An einem Mittwochnachmittag Anfang Oktober finden sich in der Kategorie «Frauenbekleidung» 259 264 Produkte. In «Plus Size» sind es über 78 000, unter «Männerbekleidung» noch gut 32 000 Artikel. Auch nach «täglich Neuheiten» lassen sich die Artikel filtern. Denn, so steht da geschrieben: «Jeder Tag ist anders, so warum wir keinen neuen Look uns geben als ein Tag endete.» Solch schräge Formulierungen finden sich auf der Shein-Webseite zuhauf. Offensichtlich hat diese Firma andere Prioritäten, als Maschinenübersetzungen zu redigieren. 6753 Produkte sind an diesem Tag neu reingekommen: Zweiteiler und Jeans, Leggings und Tops, präsentiert von kurvigen Frauen mit dicken Lippen und schmalen Taillen, oft in lasziven Posen, zuweilen hart an der Grenze zum Vulgären. Das Träger-top mit Zebrastrreifen kostet 8 Franken, die Jeansjacke mit Puffärmeln 22. Das teuerste Kleidungsstück, das an diesem Tag neu in den Shop gestellt wird, ein Trenchcoat mit Schlangenhautmuster, kostet 65 Franken. Zwei Drittel der Tagesneuheiten sind für weniger als 20 Franken zu haben. Wo sind wir hier gelandet? Wer ist Shein?

DIE FIRMA

Wer ist Shein? Diese Frage stellten sich wohl ziemlich viele Menschen zum ersten Mal im Mai dieses Jahres – als berichtet wurde, die Shein-App habe in den USA soeben jene von Amazon als die am häufigsten heruntergeladene Shopping-App abgelöst. Von den meisten über Dreissigjährigen gänzlich unbemerkt hat sich der Konzern in kurzer Zeit zu einem Giganten im Onlinekleidermarkt entwickelt, wie sich auch an Follower-Zahlen auf den sozialen Netzwerken zeigt. Stand Anfang Oktober: 22 Millionen Abonnent*innen auf Instagram und 23 Millionen auf Facebook (je rund halb so viele wie H&M und Zara), auf Tiktok 2,8 Millionen (ein Vielfaches der beiden Konkurrentinnen). «Shein Hauls» – direkt übersetzt «Shein-Beutezüge» – sind im Netz längst eine eigene Kunstform: Junge Menschen – zumeist Frauen – packen vor der Kamera ihre Bestellung aus, probieren die Teile an und kommentieren, wie sie sich anfühlen. Auf Youtube werden manche dieser Videos mehrere Millionen Mal angeklickt, auf Tiktok sind 3,5 Milliarden (!) Einträge mit dem Hashtag #sheinhaul versehen. Heisst: Es wird bestellt wie wild.

Shein gibt keine Umsatzzahlen bekannt. Gemäss einem chinesischen Bericht vom Dezember 2020, der seither immer wieder zitiert wird, soll die Firma im Jahr 2020 fast 10 Milliarden US-Dollar umgesetzt haben, und für 2021 erwartet ein grosser chinesischer Broker gar einen Umsatz von 20 Milliarden. Auch auf der Webseite erfährt man kaum was über den Konzern: Shein sei ein «internationaler «B2C Fastfashion Onlinehändler»,



← Schrill, divers und farbig: Auftritt von Bassgitaristin Blu Detiger an der Online-Show «Shein X Rock the Runway»
→ Sexy und körperbetont: Mode im Onlineshop von Shein

heisst es dort. «B2C», kurz für «Business to Consumer», bezeichnet die direkte geschäftliche Beziehung zwischen einem Unternehmen und Endkonsument*innen. Sheins Hauptmärkte seien «Europa, USA, Australien, der mittlere Osten und weitere Verbrauchermärkte», insgesamt sei man «in mehr als 220 Ländern und Regionen» präsent. Woher die Kleider in all diese Länder verschickt werden – das erfährt man nicht. Im Impressum der Schweizer Website steht einzig die Adresse der Muttergesellschaft: Sie heisst Zoetop Business und hat ihren Sitz in Hong Kong (siehe Infografik Seite 10).

Die Zutaten des Erfolgs

Was sich über Shein, gestützt auf ausführlichste Analysen in einschlägigen Portalen, in Kürze sagen lässt: Die Vorgängerfirma wurde 2008 in der ostchinesischen Stadt Nanjing von drei Männern gegründet, unter ihnen Xu Yangtian, ein Spezialist für Suchmaschinenoptimierung. Verkaufte das Unternehmen erst vor allem Brautkleider, begann Xu Yangtian – nun ohne seine vormaligen Mitstreiter – ab 2012 auf der Website Sheinside.com Frauenmode zu vertreiben. Ab 2015 nahm das Geschäft richtig Fahrt auf. Ein paar der zentralen Erfolgszutaten: Direktversand statt teurer Läden. Intensive Nutzung von Onlinetools für die Identifikation von Trends. Automatisierte Auswertung der Käufe und Bewegungen in der App. Einspannen von Influencer*innen im grossen Stil. Und ein dichtes Netz an zumeist kleinen Zulieferern im südchinesischen Guangzhou, wohin Shein 2017 sein Hauptquartier verlegt hat. Sie alle sind an die firmeneigene Software angebunden und

können so automatisiert mit Aufträgen versorgt werden – was es Shein ermöglicht, ungemein rasch auf Trends zu reagieren. Galt bislang Zara mit einem Produktionszyklus von drei bis vier Wochen als Inbegriff von Fast-Fashion, soll Shein fähig sein, ein Kleid innert einer Woche herzustellen – vom Design bis zur Verpackung.

Nicht immer konnte Shein mit dem eigenen rasanten Aufstieg Schritt halten. 2018 wurde bekannt, dass bei einer Cyberattacke die Zugangsdaten und Passwörter von über 6 Millionen Kund*innen gestohlen worden waren. Im Juli 2020 kam die Firma zweimal innert einer Woche in die Schlagzeilen, weil sie erst eine muslimische Gebetsmatte als «Griechischen Teppich» verkauft hatte und – kaum hatte sie sich entschuldigt – eine Goldkette mit Swastika-Anhänger in den Shop stellte. Shein wurde mehrfach vorgeworfen, Online-Rezensionen zu manipulieren, und in zahlreichen Fällen konnten Designer*innen Shein nachweisen, ihre Entwürfe gestohlen zu haben.

Doch keiner dieser Skandale hat das Mindeste daran geändert: Shein wächst und wächst – und bleibt dabei ein Mysterium. Zu einer der wichtigsten Fragen weiss die Öffentlichkeit heute immer noch kaum etwas: wo und unter welchen Bedingungen die Artikel der Billigmarke hergestellt werden.

DIE RECHERCHE

Ende 2020 schicken wir uns bei Public Eye an, das herauszufinden. Wir nehmen Kontakt auf mit einer Organisation, die sich im Süden Chinas für die Rechte von Arbeiter*innen einsetzt – und deren Namen hier aus Sicherheitsgründen nicht genannt werden kann. Im April dann beginnen zwei Rechercheurinnen, in Guangzhou – einer Multimillionenstadt im Perlflussdelta, gut 100 Kilometer nördlich von Hong Kong – nach Zulieferbetrieben von Shein zu suchen.

In den Wochen darauf gelingt es ihnen, insgesamt 17 Betriebe zu lokalisieren, die für Shein produzieren. Sieben dieser Orte liegen in Nancun, einem Viertel im Stadtbezirk Panyu. Hier kann eine der Rechercheurinnen im Juli Gespräche mit drei Arbeiterinnen und sieben Arbeitern führen, die ihr Geld in sechs verschiedenen Betrieben verdienen: an Näh- und Steppmaschinen, in der Abteilung für Qualitätskontrolle und Verpackung, am Bügelbrett oder am Schnitttisch. Alle kommen sie ursprünglich aus Provinzen ausserhalb, und alle haben sie jahre- bis jahrzehntelange Erfahrung in der Industrie. In ihrem jetzigen Betrieb arbeiten die meisten jedoch seit weniger als einem Jahr.

Die Ergebnisse der Recherchen und die Aussagen der Interviewten erhalten wir schriftlich, in detaillierten Berichten, illustriert mit Mobiltelefonbildern. Wir sehen mit Säcken überstellte Fabrikflure, Arbeiter*innen an Stehtischen, Stapel von sauberlich in Shein-Plastiksäcke verpackten T-Shirts, neonlichterleuchtete Werkstätten. Wie die Rechercheurin selbst aussieht, wissen



Eine eigene Kunstform im Netz:
Selfie-Videos mit Shein-Mode auf Tiktok



Hauptsitz von Shein in Guangzhou

wir nicht. Als sie uns per Videocall von ihren Eindrücken berichtet, bleibt die Kamera aus. Zu gross ist das Risiko, auf den Radar des chinesischen Überwachungsapparats zu geraten. Was wir über sie sagen können: Sie verdiente ihr Geld einst selbst als Textilarbeiterin, seit rund zwanzig Jahren ist sie als Rechercherin, Aktivistin und Ausbilderin für in der Industrie Beschäftigte unterwegs. Sie kennt sich bestens aus im Textilsektor in der Region. Von einer Marke namens «Shein» jedoch hatte sie vor unserer Anfrage noch nie gehört.

Sicherheitsmängel im «Shein Village»

Machen wir uns mit ihr auf, und zwar ins Nancun Village, den ursprünglichen Standort des einstigen Dorfes namens Nancun. Die meisten der Betriebe hier – mehrere Dutzend Werkstätten finden sich in ein paar wenigen Strassen – sind in ehemaligen Wohnhäusern untergebracht. Ein Fabrikbesitzer habe ihr gesagt, im «Village» würde praktisch nur für Shein produziert, erzählt die Rechercherin. Das habe sie überrascht. Denn solche kleinen, informellen Fertigungsstätten würden normalerweise für lokale Marken herstellen. International ausgerichtete Konzerne bevorzugten in der Regel grössere, besser regulierte Betriebe.

So eng wie in den verwinkelten Gässchen dieses informell gewachsenen Quartiers ist es auch innerhalb der Produktionsstätten. Kleidersäcke und Stoffrollen versperren Gänge und Treppen. Und das nicht nur in den zahlreichen kleinen Werkstätten, sondern auch bei

manchen der paar grösseren Betriebe, die es im «Shein Village» ebenfalls gibt. In jener Firma etwa, zu der gemäss Arbeiter*innen sieben nebeneinanderliegende Betriebe gehören, in denen insgesamt mehr als 200 Menschen arbeiten. Gemäss einem an die Wand gepinnten Plakat ist das Unternehmen ein «Hauptzulieferer von Zoetop», der Shein-Muttergesellschaft, und stellt pro Monat 1,2 Millionen Kleidungsstücke her. Sie habe hier keinen einzigen Notausgang gesehen, und die Eingänge und Treppen seien in keinsten Weise darauf ausgerichtet, dass die Arbeiter*innen die Räume in kurzer Zeit verlassen könnten, berichtet die Rechercherin im Gespräch. Zudem seien die Fenster in den oberen Etagen vergittert. «Ich möchte mir nicht ausdenken, was geschieht, wenn dort ein Brand ausbricht.»

Im September hat Shein auf seiner US-Website erstmals einen Verhaltenskodex für Zulieferbetriebe aufgeschaltet. Darin heisst es unter anderem, diese müssten für eine «sichere, hygienische und gesunde Arbeitsumgebung» besorgt sein. Offenbar gibt es da noch einiges zu tun.

Zwei Vollzeitjobs in einem

In einem der sieben Betriebe kann die Rechercherin mit einer Arbeiterin und zwei Arbeitern ein längeres Gespräch führen. Was beim Lesen der Gesprächsprotokolle als Erstes auffällt: wie viele Stunden die drei arbeiten. Sie geben alle in etwa die gleichen Arbeitszeiten an: morgens von acht bis mittags um zwölf, dann von halb

zwei bis abends um viertel vor sechs, und dann noch einmal abends von sieben bis zehn oder halb elf. An einem einzigen Tag pro Woche wird nach dem Nachtessen nicht mehr gearbeitet. Und pro Monat haben die Arbeiter*innen gerade mal einen Tag frei. Insgesamt ergibt das im Schnitt über 75 Arbeitsstunden pro Woche.

Das ist nicht nur unvereinbar mit der Forderung nach «angemessenen Arbeitszeiten» im Shein-Verhaltenskodex, sondern in mehrfacher Hinsicht illegal: Gemäss dem chinesischen Arbeitsgesetz darf eine Arbeitswoche maximal 44 Stunden betragen (Artikel 36), die Überzeit darf pro Monat 36 Stunden nicht überschreiten (Artikel 41), und pro Woche muss es mindestens einen freien Tag geben (Artikel 38).

Ein typischer Arbeitstag dauert 11,5 Stunden, eine Arbeitwoche 75. Pro Monat haben die Arbeiter*innen gerade mal einen Tag frei.

In der Textilindustrie seien solche Arbeitszeiten allerdings gar nicht so ungewöhnlich, sagt die Rechercheurin. Und sie entsprächen dem Wunsch vieler Arbeiter*innen. Denn diese seien ausnahmslos «Migrant Workers»: Frauen und Männer aus Provinzen, in denen das Lohnniveau deutlich tiefer ist, die meist nur für eine begrenzte Zeit in der Stadt sind, ohne Familie und ohne Verpflichtungen ausser der, so viel zu verdienen wie möglich. «Im Büro eines Betriebs wirst du vielleicht mal eine Einheimische, einen Einheimischen finden», sagt die Rechercheurin, «aber in der Fertigung sind alles Migrant Workers.»

Und diese können – wenn sie bereit seien, faktisch für zwei zu arbeiten – tatsächlich recht hohe Einkommen erzielen. Alle drei Interviewten geben zu Protokoll, sie würden im Stücklohn bezahlt: je komplizierter das Kleidungsstück, desto höher der Ansatz. Insgesamt sei der Lohn pro Stück hier zwar tiefer als an anderen Orten, an denen er zuvor gearbeitet habe, sagt einer der Interviewten. Dafür seien die Qualitätsansprüche auch nicht all zu hoch. Überstundenzuschlag gebe es keinen. In guten Monaten bringen die drei trotzdem bis zu 10 000 Yuan oder rund 1400 Schweizer Franken nach Hause, in schlechten Monaten könne es auch mal nur ein Drittel davon sein.

Was auch auffällt: Einen Arbeitsvertrag haben die drei ihrer Aussagen nach nicht unterschrieben. «Solche Fabriken wie diese hier» müssten keine Verträge ausstellen, meinen sie zu wissen. Dass es in den kleinen, informellen Werkstätten keine Verträge gebe, sei nicht weiter überraschend, sagt die Rechercheurin. Dass auch Firmen mit über hundert Angestellten keine Arbeitsverträge abschliessen würden, erstaune sie dagegen sehr.

Denn dazu wären sie gemäss Arbeitsvertragsrecht verpflichtet. Sie müssten den Arbeiter*innen zudem eine Kopie des Vertrags aushändigen. Firmen dieser Grösse gingen in der Regel das Risiko nicht ein, allenfalls hohe Entschädigungszahlungen leisten zu müssen, wenn sie für dieses Versäumnis belangt würden.

Hochautomatisiert und hyperflexibel

Auf der chinesischen Plattform WeChat finden sich zahlreiche Anzeigen von Shein, in denen der Konzern Aufträge an Fertigungsbetriebe ausschreibt. Diese kaufen dann die für das gewünschte Design benötigten Stoffe selbst ein. Allerdings wiederum bei Zulieferern, die von Shein vermittelt werden. Das ermöglicht es dem Konzern, die ganze Wertschöpfungskette zu kontrollieren – ohne viel Verantwortung für die Bedingungen in der Produktion übernehmen zu müssen.

Ob Shein in diesen Betrieben je irgendwelche Inspektionen durchführt, wissen wir nicht. In einem Statement auf seiner US-Website beteuert der Konzern, «erhebliche Anstrengungen und Ressourcen» in sein Audit-System zu investieren. Man habe in der Vergangenheit vorab angekündigte Inspektionen durchgeführt und werde weitere – sowohl angekündigte wie auch unangekündigte – vornehmen. Von den zehn Arbeiter*innen, mit denen die Rechercheurin längere Gespräche führt, weiss allerdings niemand von einer Inspektion zu berichten.

In den grösseren Fabriken hängen Plakate an den Wänden, die die Arbeiter*innen daran erinnern, jeweils bei der Arbeit ein- und auszustempeln. Die Fabrikleitung teilt die Daten mit Shein, das Unternehmen ver gebe die Aufträge danach entsprechend der Belegschaft, erfahren wir. Erst dieses computergestützte, hochflexible Zuliefersystem macht es offenbar möglich, die viele Hunderte von kleinen Fertigungsbetrieben effizient zu organisieren. Meist besteht eine Shein-Bestellung aus lediglich 100 bis 200 Stücken, manchmal sind es noch weniger. Wird ein Produkt in grosser Zahl bestellt, lässt Shein weitere Chargen herstellen – meist bei jenem Zulieferer, der bereits die erste hergestellt hat. Das freut dann jeweils auch die Arbeiter*innen, die so ein Kleidungsstück herstellen können, mit dem sie bereits vertraut sind, wodurch sie schneller vorankommen und schliesslich auch mehr verdienen. Denn etwas vom Mühsamsten, wenn man für Shein arbeite, sei, dass man sich immer wieder mit neuen Schnittmustern herumschlagen müsse, beklagt der Zuschneider in einer Fabrik.

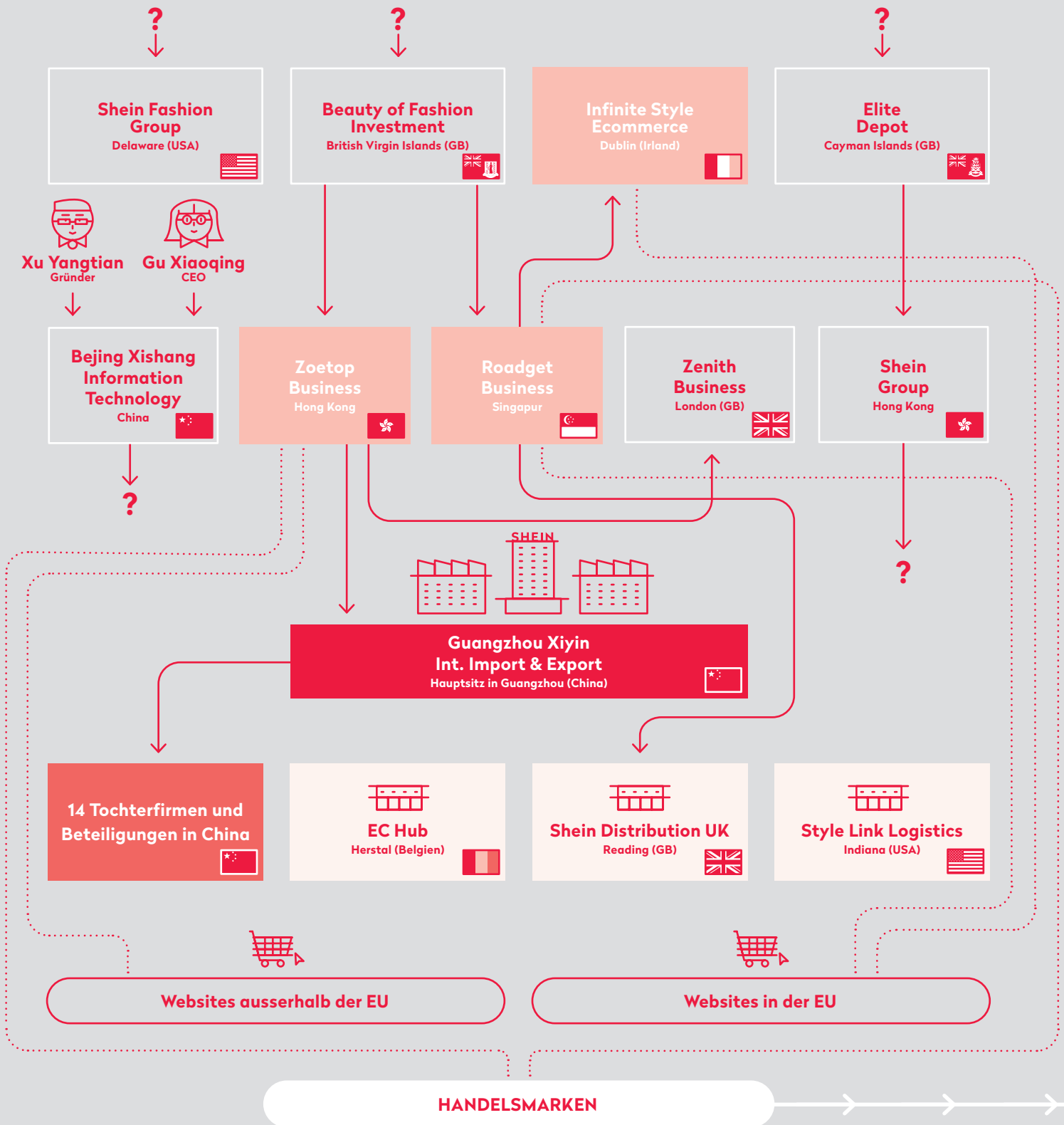
Fortsetzung auf Seite 12 →

→ Oben: «Ein- und Ausstempeln sichert SHEIN-Aufträge», steht auf dem Banner bei einem Zulieferer. Shein will stets wissen, wie viel Personal arbeitet.

→ Unten: Endkontrolle von Kleidern vor dem Verpacken



Undurchsichtig und steueroptimiert: die Konzernstruktur von Shein...



- Hauptsitz
- Inhaberin von Marken/Websites
- Logistikfirmen
- Sonstige
- Kontrolle
- Zuständigkeit
- ? → Besitzverhältnisse unbekannt
- ? Funktion unbekannt

... ist schwierig zu durchschauen

Der Hauptsitz von Shein, Guangzhou Xiyin International Import & Export, befindet sich seit 2017 in Südchina, im Viertel Panyu der Metropole Guangzhou, in der Nähe der meisten Zulieferfabriken. Hier sind mindestens 14 chinesische Tochterunternehmen und Beteiligungen angedockt.

Der Hauptsitz ist im Besitz von Zoetop Business in Hong Kong. Diese Firma verwaltet auch die internationalen Markenrechte der Shein-Gruppe und das E-Commerce-Geschäft. Zoetop wiederum gehört der Beauty of Fashion Investment auf den British Virgin Islands, bekannt als undurchsichtiger Finanzplatz. Mit den britischen Cayman Islands, Delaware in den USA und Dublin in Irland haben auch andere Shein-Firmen ihren Sitz in Steueroasen.

Beauty of Fashion ist auch noch Eigentümerin von Roadget Business, einer erst Ende 2019 in Singapur gegründeten Shein-Gesellschaft, die Markenrechte sowie seit Kurzem das E-Commerce-Geschäft von Shein in der EU lenkt.

Seit Ende 2019 wurde der Gründer Xu Yiangtian in den Shein-Unternehmen schrittweise als CEO abgelöst. Der Grossteil der Unternehmen, darunter auch der Hauptsitz Guangzhou Xiyin, wird heute von seiner Geschäftspartnerin Gu Xiaoqing geleitet. Über die Gründe für diesen Umbruch schweigt sich das Unternehmen aus, auch die Wirtschaftspresse hat davon noch keine Notiz genommen; meist wird fälschlicherweise weiterhin Xu Yiangtian als CEO von Shein geführt.

Shein ist mehr als Shein: die Markenwelt

Zoetop Business in Hongkong und in jüngster Zeit auch Roadget Business in Singapur betreuen die Markenwelt von Shein. Einige Marken sind Untermarken der Hauptmarke Shein und werden auf shein.com angeboten, andere werden zusätzlich (wie bei Romwe und Motf) oder ausschliesslich (wie bei Emma cloth) auf anderen Websites beworben. Zudem gibt es Onlinehändler, die auf den ersten Blick unabhängig sind, aber in ihren Geschäftsbedingungen auf die Shein-Firmen Zoetop oder Roadget verweisen; dies ist etwa bei istrend.net, streetmood.se oder mislead.pk der Fall.

Einige von Zoetop oder Roadget registrierte Handelsmarken werden über den Onlinegiganten Amazon verkauft und teilweise auch von Amazon verpackt und verschickt. Ein Teil der Produkte, die über Amazon verkauft werden, ist mit identischen Fotos im Shein Webstore zu finden, aber zu einem Bruchteil des Preises: so kostet ein Langarm-T-Shirt, das im Soly Hux Markenshop von Amazon für 18,99 Euro angeboten wird, unter der Marke Shein im Shein Webstore bloss 4,99. Es ist anzunehmen, dass die Produkte identisch sind und in denselben Produktionsstätten hergestellt werden.

Marken, die über shein.com verkauft werden

SHEIN EMERY ROSE **SHEIN CURVE** *Leotette*
SHEIN / PREMIUM **SHE&IN** **SHEINKIDS** **GLOW MODE** **DAZY**

Marken, die auch oder ausschliesslich über eigene Websites verkauft werden

SHEGLAM **MOTF** **EMMACLOTH** **ROMWE**

Frühere Shein-Marken

Sheinside *SheIn* **SheIn** **SheIn** **Sheintee**

Auf oder durch Amazon verkaufte Shein-Marken

MAKEMECHIC *Soly Hux* **Floerns** **DIDK**
SweatyRocks **WDIRARA** **Verdusa** **Milumia**

Die tiefen Stückzahlen, die dafür extrem rasch geliefert werden müssen, limitieren auch die Möglichkeit der Arbeitsteilung. Die Näher*innen in den Fabriken müssen zahlreiche unterschiedliche Arbeitsschritte durchführen können, an stets wechselnden Mustern. Das erklärt auch, weshalb man vor allem auf Frauen und Männer trifft, die jahre-, wenn nicht jahrzehntelange Erfahrung in der Industrie vorzuweisen haben. Unerfahrene wären den Anforderungen schlicht nicht gewachsen. Für Arbeiter*innen dagegen, die in der Lage seien, relativ einfache Kleidungsstücke rasch zu nähen, gäbe es auf dem prekären Arbeitsmarkt in der chinesischen Textilindustrie wohl wenig andere Jobs, in denen sie mehr verdienen könnten, sagen Expert*innen vor Ort. Die meisten, mit denen sie gesprochen habe, seien mit ihrem Job alles in allem denn auch einigermaßen zufrieden gewesen, sagt die Rechercherin: «Ich glaube aber auch nicht, dass sie sich darüber sehr viele Gedanken machen.»

Gemäss chinesischen Medienberichten kann Shein allein im Stadtbezirk Panyu nicht nur auf ein Netz von 300 bis 400 Hauptlieferanten zählen, sondern zudem auf rund 1000 Subunternehmen, an die Aufträge weitervergeben werden. Deutliches Zeichen des lebendigen Subunternehmertums sind die vor manchen Fabriken parkierten Lastkarren, mit denen Textilien herumgekartt werden. In vielen der kleinen Betriebe hier in Nancun Village werden ausschliesslich Abschlussarbeiten ausge-

führt: letzte Fäden abschneiden, bügeln, verpacken, verladen. Aufträge alleine für die Endfertigung aber finden sich auf der WeChat-Plattform keine. Das heisst, dass diese Betriebe ziemlich sicher im Auftrag von Shein-Zulieferern arbeiten – und sich Shein im Falle eines Unfalls oder ausbleibender Lohnzahlungen wohl erst recht nicht in der Verantwortung sähe.

Etwas westlich vom «Shein Village», eine knappe halbe Stunde zu Fuss, liegt das Honghui Properties Building, ein Gebäude voller Kleiderwerkstätten. Alles hier ist etwas geregelter, die Gänge sind breiter, die Notausgänge markiert, die Fabriken beschäftigen bis zu 200 Arbeiter*innen. Auch hier kann die Rechercherin eine Arbeiterin und einen Arbeiter aus zwei verschiedenen Betrieben interviewen, und was sie erzählen, unterscheidet sich kaum von den Berichten aus dem Nancun Village: Bezahlt werden auch sie pro Stück, ein Grundgehalt gibt es ebenso wenig wie eine Überzeimentschädigung, sie arbeiten elf Stunden am Tag, haben ein bis maximal zwei freie Tage pro Monat, einen Arbeitsvertrag gibt es nicht. Auch Sozialversicherungsbeiträge würden keine einbezahlt – obwohl Beiträge sowohl von Arbeitgebenden wie von Arbeitnehmenden gesetzlich vorgeschrieben wären.

Dem interviewten Arbeiter macht aber vielmehr Sorgen, dass die Stückpreise in der letzten Zeit konstant sinken. Und gleichzeitig würden zunehmend nur noch jene Stücke hier genäht, die kompliziert zu fertigen



seien. Einfache Aufträge würden immer häufiger in andere Provinzen ausgelagert, nach Jiangxi, Guangxi oder Hunan, wo die Lohnkosten tiefer sind. Tatsächlich steht vor dem Gebäude ein Minivan, an dessen Seiten verschiedene Bezirke in der Provinz Jiangxi vermerkt sind. Eine Art Sammeltaxi für vorgeschchnittene Stoffteile, die im Landesinnern zusammengenäht werden sollen. Unter welchen Bedingungen und zu welchen Löhnen dort produziert wird, wissen wir nicht.

Kein Vertrag, keine Versicherung

Wir folgen unserer Rechercheurin nochmals ein paar Kilometer in Richtung Westen, wo sich zahlreiche weitere Textilfabriken finden; in der Regel sind sie nochmals etwas grösser, beschäftigen bis zu 300 Mitarbeitende, verfügen über leidlich funktionierende Belüftungssysteme und etwas geräumigere Arbeitsplätze, auch Kantinen und Unterkünfte für die Angestellten gibt es in der Nähe. Die fünf Arbeiter*innen dieser grösseren Betriebe, mit denen die Rechercheurin spricht, schildern jene Arbeitsbedingungen, die wir mittlerweile bestens kennen: elf Stunden pro Tag, kein Arbeitsvertrag, keine Sozialversicherungsabgaben. In einem der Betriebe stossen wir allerdings auf etwas, das wir bislang noch nicht vorgefunden haben: einen garantierten Mindestverdienst. Auf einem Rekrutierungsplakat vor dem Fabrikeingang sind die Mindesteinkommen angegeben: Fäden abschneiden:

4000 Yuan. Verpacken: 5000 Yuan. Bügeln: 7000 Yuan. Beim Bügeln arbeitet man wegen des Dampfes in ständiger Hitze und kann sich kaum mal setzen. So erklärt sich die Diskrepanz.

DIE BESTELLUNG

In der Fabrikhalle gelingt es der Rechercheurin, einen Schnappschuss eines Mädchenkleides zu machen. Ein einfaches Teil, blaugeblümt auf weissem Grund. Für solch ein Kleid erhalte eine Näherin wohl höchstens 3 Yuan pro Stück, schätzt die Rechercheurin – 43 Rappen. Wir finden es auf der Homepage von Shein. Es kostet 11 Franken und hat bereits über 160 Bewertungen erhalten. Letzteres erstaunt nicht, denn wer in der Shein-App gekaufte Artikel kommentiert, erhält dafür Punkte, mit denen sich wieder einkaufen lässt. Fast alle Kommentare sind in Arabisch verfasst, ein paar wenige in Englisch: «I lovvveeeeeeeee itttttt», «May baby like it so much».

Ich bestelle das Kleid am 7. September. Dank des Aktionscodes «CH Special» – irgendeinen Aktionscode gibt es immer – reduziert sich der Kaufpreis um 1.10 auf 9 Franken und 90 Rappen. Die Versandkosten betragen stolze 6 Franken und 41 Rappen. Auf Einzelbestellungen ist dieses System offensichtlich nicht ausgelegt. Tags darauf erfahre ich, das von mir bestellte Kleid sei im «International Warehouse» verpackt und das Paket desinfiziert, sterilisiert und verschickt worden. Einen Hinweis darauf,



Guangzhou nach Sonnenuntergang: Ein typischer Arbeitstag endet um halb Elf Uhr in der Nacht.

wo sich dieses internationale Warenlager befindet, gibt es nicht – weder in meiner Bestellübersicht noch auf der Website von Shein.

Lange Stunden im Warenlager

Rechercheur*innen der Organisation, mit der wir in Kontakt sind, gehen auch dieser Frage auf den Grund. Sie finden heraus: Das riesige Hauptlager von Shein heisst Ambo, gehört zum US-amerikanischen Logistikkonzern Prologis und steht in Foshan, rund eine Autostunde entfernt von den Fabriken in Guangzhou. Es beschäftigt rund 10 000 Arbeiter*innen, der Betrieb läuft 24 Stunden am Tag, an 365 Tagen.

Aus den zwölf Gesprächen, welche die Rechercheur*innen mit Arbeiter*innen des Logistikzentrums führen, ergibt sich das folgende Bild: Auch hier sind die Arbeitszeiten extrem lang – um die 12 Stunden pro Tag im Normalfall, bis zu 14 in der Hochsaison. Gearbeitet wird mindestens 22 Tage pro Monat; die meisten aber schuften 24 bis 28 Tage. Das liegt in erster Linie daran, dass sich der Stücklohn ab dem 23. Tag verdoppelt; im Logistikzentrum setzt sich der Lohn aus einem Fixanteil und einem Betrag pro Stück zusammen. Auch hier gilt also: Wer bereit ist, für zwei zu arbeiten, kann ein ansprechendes Einkommen erzielen: 7000 Yuan (rund 1000 Schweizer Franken) in normalen Zeiten, bis zu 50 Prozent mehr zu Spitzenzeiten. Doch natürlich sind auch diese Arbeitszeiten nicht mit chinesischem Recht vereinbar.

Prologis, der Logistikkonzern aus San Francisco, bestätigt auf Anfrage, dass er Besitzer der Anlage sei. Aber: Für den Betrieb seien alleine die Kunden verantwortlich, die Räumlichkeiten auf seinem Gelände anmieteten. In Bezug auf die überlangen Arbeitszeiten habe man «keine Hinweise auf Verstösse».

«Heute ist Ihr Glückstag!»

Neun Tage nach Aufgabe der Bestellung liegt das Kleid bei mir im Briefkasten. Ich nehme es aus dem Plastikbeutel, betaste das Polyester – und verspüre umgehend den Drang, den Retourversand auf den Weg zu bringen. Als Rücksendeadresse wird mir nicht etwa das Logistikzentrum im belgischen Lüttich angegeben, in das Retouren aus Europa lange verschickt wurden (siehe Artikel ab Seite 16), sondern eine Adresse in Hong Kong. Ich schaue online nach, wie viel mich der Rückversand kosten würde. Selbst falls es mir gelänge, das Kleidungsstück in ein Briefcouvert zu packen, müsste ich immer noch 9 Franken bezahlen – fast so viel, wie es gekostet hat.

Anders wäre es verlaufen, wenn ich in Deutschland leben würde. Das weiss ich, weil mein Kollege David Hachfeld das Kleid ebenfalls bestellt hat, an seine Adresse in Deutschland. Auch er hatte es zurückschicken wollen – aber Shein war da nicht einverstanden. «Heute ist Ihr Glückstag», beschied man ihm. «Bitte behalten Sie den Artikel auf unsere Kosten.» Der Kaufpreis wurde ihm umgehend zurückerstattet. Der Grund für die



Shein setzt auf Subunternehmer: Stoffe werden mit Lastkarren zu anderen Arbeitsstätten gefahren.

Ungleichbehandlung: In Deutschland wirbt Shein mit kostenlosem Rückversand und hätte folglich die Porto-kosten selbst übernehmen müssen – was sich bei einem Kleid für unter 10 Euro offenbar nicht lohnt.

«Man sieht, dass es schnell gehen musste»

Wenn wir das Teil schon nicht zurückschicken, wollen wir wenigstens wissen, was wir da erworben haben. Und zwar von Fachleuten. Im Nähwerk IDM in Thun wollen wir von angehenden Bekleidungsgestalter*innen wissen, wie sie die Machart des Kleides einschätzen. Die Shein-Etikette haben wir abgeklebt, in der Hoffnung auf ein möglichst neutrales Urteil. Es fällt nicht eben positiv aus. «Ups, da wurde der Stoff nicht mitgesteppt», bemerkt eine Studentin, als sie den Saum inspiziert. «Bei den Nähten sollte es nicht so faltig sein, da wurde nicht gebügelt», bemängelt eine Kollegin. Weitere Kritikpunkte: «Die Fadenspannung ist schlecht.» «Die Nähte sind nicht regelmässig.» «Diese Fäden hätten abgeschnitten werden sollen.» Das Schlussfazit eines der Studierenden: «Man sieht, dass es schnell gehen musste.» Die Beurteilung der Ausbilderinnen, denen wir noch ein paar weitere Shein-Artikel vorlegen, fällt nicht ganz so negativ aus. Die Verarbeitung sei mal besser und mal schlechter, insgesamt aber wohl etwa Fast-Fashion-Standard. Die Materialien hingegen, sagen sie, seien zum Teil so billig, dass man in einem Laden wohl Mühe hätte, sie an die Kund*innen zu bringen.

DIE BILANZ

Gehen wir zum Schluss noch einmal gut 9000 Kilometer ostwärts – vom Städtchen Thun in die Megacity Guangzhou – und versuchen, eine Bilanz zu ziehen. Wer aufgrund der Preise von Shein-Artikeln ultratiefe Löhne in den Produktionsstätten erwartet hatte, dürfte auf den ersten Blick erstaunt sein: Wer für Shein Kleider herstellt, kann ein Einkommen erzielen, das deutlich über den 5410 Yuan pro Monat liegt, welche die Asia Floor Wage Alliance, ein Bündnis aus Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen des Globalen Südens, als Existenzlohn berechnet hat. Nur: Dieser Vergleich hinkt gewaltig. Denn sämtliche zehn Arbeiter*innen, mit denen wir sprachen, verrichten faktisch eher zwei Jobs als einen: Sie arbeiten elf, zwölf, manchmal dreizehn Stunden, meist sieben Tage die Woche, ohne Aufschlag für Überzeit. Shein macht es sich systematisch zunutze, dass diese Arbeiter*innen bereit sind, auf ein Mindestmass an Sicherheit, Freizeit und Lebensqualität zu verzichten – weil sie kaum eine Alternative haben.

Keine und keiner der Befragten hat einen Arbeitsvertrag vorzuweisen, gemäss unseren Informationen werden für niemanden von ihnen irgendeine Sozialversicherungsbeiträge eingezahlt, und viele Betriebe lassen selbst die rudimentärsten Sicherheitsstandards



Billigste Materialien: Das von Public Eye bestellte Kleid wird im Nähwerk IDM in Thun geprüft.

vermissen. All das sind Verstösse gegen chinesische Gesetze. In seinem Verhaltenskodex verlangt Shein von seinen Zulieferern, dass sie «die lokale Gesetzgebung (...) vollumfänglich einhalten».

Als wir Shein mit unseren gesammelten Erkenntnissen konfrontieren, erhalten wir flugs eine automatische Bestätigung: Das Nachhaltigkeitsteam von Shein habe «unsere Vorschläge und Rückmeldungen» erhalten und werde diesen «so schnell wie möglich nachgehen». Dann hören wir nichts mehr, auf eine Nachfrage erhalten wir die gleiche computergenerierte Meldung noch einmal. Ob unser Mail je von einem Menschen gelesen wurde, wissen wir nicht.

Aber wie heisst es auf dem Kapuzenpullover, der im Shein-Shop in sechs verschiedenen Farben für 9 Franken erstanden werden kann? «Fun Fact: I don't care». Frei übersetzt: «Ist mir doch egal.» ■



Zum Weiterleiten oder
Lesen mit noch mehr Fotos:
<https://stories.publiceye.ch/shein>



Shein – das Phantom von Lüttich

Vor sieben Jahren hat sich ein Geschäftspartner des Shein-Gründers im belgischen Wallonien angeschickt, ein Zentrum für die Bearbeitung von Rücksendungen aufzubauen. Im Industriegebiet von Lüttich packten seither Hunderte Angestellte Shein-Retouren aus – unter prekären Bedingungen und weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit. Bis Ende Sommer plötzlich keine Pakete mehr ankamen.

TIMO KOLLBRUNNER

Anfang Januar dieses Jahres wurde am Flughafen Lüttich eine kleine Feier abgehalten. Die wallonische Regierung überreichte einem chinesischen Geschäftsmann namens Liansen Tan eine Ehrenurkunde. Sein Verdienst: Er habe vor sechs Jahren dem Flughafen Lüttich und damit der Region Wallonien Zugang zum chinesischen Markt verschafft.

Der Europahandel chinesischer Konzerne ist in der Region spätestens seit Ende 2018 ein hitzig diskutiertes Thema: Damals gab der E-Commerce-Gigant Alibaba bekannt, am Flughafen einen riesigen Logistikkomplex bauen zu wollen. Die einen verbinden mit der Ankunft des chinesischen Amazon-Pendants in der einstigen Stahlhochburg in erster Linie die Aussicht auf 900 drin-

gend benötigte Jobs, andere wehren sich unter dem Titel «Stop Alibaba & Co» vehement gegen die Ausbaupläne am Flughafen, gegen Kerosinwolken, Lastwagenlawinen und Nachtflüge im Minutentakt.

Und begonnen hat das alles also mit Liansen Tan. Gegenüber Expattime.be, einem Blog für – genau – Expats, erzählte dieser letztes Jahr, wie er an einem regnerischen Morgen im November 2014 in Belgien gelandet sei; mit der Mission, ein Logistikzentrum aufzubauen für den Webshop eines «alten Schulfreundes». Dieser Freund war Xu Yangtian, der Webshop jener von Shein. Liansen Tan nannte sein Unternehmen in Lüttich «EC Hub», kurz für «E-Commerce Hub». Sie seien Vorreiter gewesen, indem sie hier ein Rücknahmezentrum für Retouren aus ganz

Europa aufgebaut hätten. Und zwar eines, das gleich auch den Wiederversand übernehmen könne, sodass die Produkte «nicht mehr zurück nach China geschickt werden müssen», erzählt Liansen Tan nicht ohne Stolz.

Erfolgreiche Spontanbewerbung

Sucht man im Internet nach diesem EC Hub, stösst man bald einmal auf Bewertungen von Ex-Angestellten: auf der Arbeitgeberbewertungsplattform Glassdoor, der Job-Suchmaschine Indeed oder auf Google. Das Bild, das sich aus den gut 80 Einträgen ergibt, ist kein schönes. Die Palette von Beanstandungen ist breit. Am häufigsten kritisiert werden die «abnormalen Quoten», die «unmöglich zu erfüllen» seien. Doch erreiche man die vorgeschriebene Stückzahl nicht, sei man den Job bald los. «Chinesische Verhältnisse», monieren mehrere, und in einem bilanzierenden Statement heisst es: «Ich rate davon ab. Ausser Sie möchten in eine Depression fallen. Diese Firma ist alles andere als menschlich.»

In eine Depression verfallen möchte ich nicht, neugierig aber machen mich diese Bewertungen schon. Ich bewerbe mich auf ein – schon älteres – Facebook-Inserat, mit dem EC Hub nach dreissig Aushilfskräften gesucht hatte. Die Antwort kommt tags darauf: Zurzeit bestehe kein Bedarf, aber «wir werden uns wieder mit Ihnen in Verbindung setzen, wenn wir wieder Arbeitskräfte suchen».

So lange möchten wir nicht warten. Zum Glück kommen wir mit Cédric Leterme in Kontakt: Der Politikwissenschaftler forscht unter anderem zu Onlinehandel und ist auch in der Bewegung aktiv, die sich gegen die Pläne von Alibaba am Flughafen Lüttich einsetzt. Er habe weder von EC Hub noch von Shein je irgendetwas gehört, sagt er, als wir zum ersten Mal miteinander sprechen. Aber er hat, was in so einem Moment am wichtigsten ist: die richtigen Kontakte.

Sudoku, Chips und nichts zu tun

Und so sitzen Cédric und ich an einem Dienstagmorgen im September im Zentrum von Lüttich mit vier weiteren Personen um einen Bürotisch: mit Daniel Maratta, Provinzsekretär bei der Gewerkschaft UBT-FGTB, mit dessen Kollegen Ludovic Moussebois von der anderen grossen Gewerkschaft, CSC-Transcom, sowie mit Robert und Simone, die beide eigentlich anders heissen und bei EC Hub arbeiten. Wobei «arbeiten» nicht wirklich die richtige Bezeichnung sei, wie die beiden gleich klarstellen. Nicht mehr. Denn seit Ende Juli haben sie nichts mehr zu tun. Auf einem Mobiltelefon spielen sie uns ein Video vor: Eine Handvoll Arbeiter*innen sitzt in einer grossen, leeren Lagerhalle an einem Tisch, sie lachen und winken, zwischen ihnen Haribos, Chips, ein Sudoku-Heft und ein Uno-Spiel. «Wir sind richtig gut geworden in diesen Spielen», sagt Robert.

Ende Juni waren solche Zustände noch nicht vorstellbar. An einem Tag im Juni wurden am EC Hub über 30 000 Retouren ausgepackt, erfasst und ins Lager eingeräumt, während gleichzeitig aus dem Lagerbestand rund 23 000 Artikel verpackt wurden, um versandt zu werden. Das zeigt eine der Nachrichten, die jeweils zum Ende eines Arbeitstages zwischen den Teamleiter*innen ausgetauscht wurden. «Da lief es noch wie geschmiert», sagt Simone, und scheint selbst etwas erstaunt.

Schichtarbeit mit Google Translate

Simone arbeitete bei den Retouren. Ihre Aufgabe: die Pakete öffnen, die ankamen – aus Belgien, aber auch aus Deutschland, Italien oder der Schweiz –, die Artikel auspacken und ins System einscannen, die Rückvergütung einleiten. Und zwar in jedem Fall. Egal, in welchem Zustand sich das Kleidungsstück befände, der Kaufbetrag werde immer zurückerstattet, sagt sie. Denn erstens komme es halt doch sehr oft vor, dass Shein-Artikel schon ab Fabrik Defekte aufwiesen. Und zweitens sei das Computersystem gar nicht ausgereift genug, um nicht rückerstattungs-fähige Retouren gesondert erfassen zu können.

«Wir haben jeweils versucht, mithilfe von Google Translate herauszufinden, was wir denn genau tun müssen.»

Simone, Arbeiterin im Warenlager von Shein

Überhaupt, dieses System, das sei etwas vom Mühsamsten an ihrem Job gewesen, sagt Simone. Der Hauptgrund: Es ist in Chinesisch. «Wir haben jeweils versucht, mithilfe von Google Translate herauszufinden, was wir denn genau tun müssen.»

1500 unbrauchbare Artikel pro Tag

Simone ist schon mehrere Jahre dabei, hat den kometenhaften Aufstieg von Shein aus dem Lager in Lüttich in Echtzeit miterlebt. Am Anfang hätten sie keinen Lagerbestand gehabt, erzählt sie. Doch dann habe die Anzahl Retouren exponentiell zugenommen – und damit auch jene der Artikel, die entweder kaputt waren oder die sie in ihrem internen System schlicht nicht finden und deshalb auch nicht in den Lagerbestand einordnen konnten. Pro Schicht seien das zuletzt etwa 20 bis 30 Artikel gewesen, sagt Simone. Multipliziert mit 25 Arbeiter*innen mal zwei Tagesschichten ergibt das um die 1500 Artikel pro Tag, für die Shein keine Verwendung mehr hat. Ganz zu Beginn habe man die Ware noch nach Hause nehmen dürfen, erzählt Simone. Danach seien defekte Retouren eine Zeit lang an Hilfswerke abgetreten und schliesslich dann pro Kilo an einen Händler

verkauft worden, der die Shein-Labels entfernt und die Artikel «irgendwo ausserhalb Europas» verkauft habe.

Roberts Job war es, die retournierten Artikel nach groben Kategorien geordnet ins Lager einzuräumen: T-Shirts hier, Jacken dort, Jeans da. Kein Hexenwerk, wenn da nicht die Zielvorgaben gewesen wären: Als er begann, im Sommer vor einem Jahr, hiess es, pro Tag seien 1600 Artikel einzuräumen. Das sei gerade noch zu schaffen gewesen – ausser dann, wenn die Kisten im Lager bereits so voll waren, dass man zu viel Zeit damit verlor, eine zu finden, in der es noch Platz hatte. Später sei die Quote jedoch auf 1800 erhöht worden – «und das erst noch im Winter, wenn es viel mehr dicke, schwere Kleider hat und es eh schon schwierig ist, genügend Platz zu finden». Das Verfehlen der Zielvorgaben sei mit Abstand der häufigste Kündigungsgrund, sagen beide. Aushilfskräfte seien oft schon nach einem Tag wieder weg gewesen.

Gewerkschafter rennen an

Den beiden Gewerkschaftern Daniel und Ludovic gelang es nie wirklich, an EC Hub ranzukommen. Am nächsten dran waren sie im Frühling 2020 – nachdem sie zuvor immer wieder Anrufe von Arbeiter*innen erhalten hatten, wie Ludovic erzählt. Sie hätten sich über plötzliche Änderungen der Arbeitszeiten beschwert, über ungerechtfertigte Kündigungen, über fehlende Parkplätze, über den Lohn. Beinahe alle Angestellten seien als «Magasiner type 1» eingeteilt gewesen, der untersten Klasse, zu 12.63 Euro Stundenlohn brutto.

Daniels Gewerkschaft setzt sich für einen sektorübergreifenden Mindestlohn von 14 Euro pro Stunde ein. Vor allem aber, sagt er, dürften in diese unterste Kategorie eigentlich nur Arbeiter*innen fallen, die einer einzigen, repetitiven Tätigkeit nachgehen. «Das ist bei EC Hub eindeutig nicht der Fall.» Das und vieles mehr hätten Ludovic und er der chinesischen Geschäftsführerin erklären wollen. Die Frau habe zugehört und genickt, «aber sie hat wohl nur das verstanden, was sie verstehen wollte», sagt Ludovic. Auch der Versuch, im EC Hub eine

Gewerkschaftsdelegation auf die Beine zu stellen, habe sich als unmögliches Unterfangen herausgestellt. Denn dafür müsste ein Viertel der Belegschaft per Unterschrift bekräftigen, dass sie sich eine Gewerkschaftsvertretung wünschen. Da aber die meisten Arbeiter*innen jeweils nur wenige Wochen beschäftigt seien, sei dies illusorisch gewesen. «Wir haben es aufgegeben», sagt Daniel.

Plötzliche Trendwende

Gemäss den Daten, die in einem belgischen Firmenverzeichnis einsehbar sind, ist der allergrösste Teil der EC-Hub-Belegschaft unbefristet angestellt. Doch laut übereinstimmenden Aussagen der beiden Angestellten und der Gewerkschafter kann das schlicht nicht stimmen. Genau darum nämlich sei es gegangen, als sie Anfang dieses Jahres zum letzten Mal Kontakt mit dem Management der Firma gehabt hätten, sagt Daniel.

Dieses sei bei ihnen mit dem Anliegen vorstellig geworden, ein Abkommen zu erzielen, damit im Lager künftig auch am Wochenende gearbeitet werden dürfte. Die Gewerkschafter waren bereit, darüber zu verhandeln – aber nur unter der Bedingung, dass EC Hub deutlich mehr Arbeiter*innen fest anstellt; nämlich mindestens 50 statt der gerade mal 25, die damals über einen unbefristeten Vertrag verfügt hätten. Die Firma habe dann tatsächlich ein paar zusätzliche Arbeiter*innen fest angestellt, doch kurz darauf muss es zur strategischen Trendwende gekommen sein: An einem Sommertag wurden Simone und ihre Kolleg*innen plötzlich geheissen, die Retouren nicht mehr sorgfältig neu einzupacken, sondern sie – zerknüllt, wie sie waren – auf Paletten zu stapeln, auf denen sie dann aus dem Lagerhaus expediert wurden – «direkt nach China», glaubt Simone. Ins Lager wurde nichts mehr eingeräumt, auch Robert half nun mit, Retouren auszupacken – bis irgendwann keine mehr ankamen.

Offenbar kümmert sich mittlerweile der lokale Ableger des chinesischen Logistikkonzerns YunExpress um die Rücksendungen aus Europa – oder zumindest um einen beträchtlichen Teil davon. Letzthin habe sie



Die Shein-Rücknahmen in der Lagerhalle ...



... blieben irgendwann einfach aus.



Flughafen Lüttich: Containerzüge ...



... und Flüge von und nach China.

ein Mitarbeiter von YunExpress kontaktiert, um sie zu fragen, wie das System funktioniert, erzählt Simone.

Wir fahren raus ins Industriegebiet, nach Herstal, parkieren unseren Wagen vor der Lagerhalle von EC Hub. #meetSHEIN prangt auf der gläsernen Fassade, daneben steht die Tür in die Lagerhalle offen. Zwei Männer sitzen am Eingang, trinken Kaffee aus Plastikbechern. «Wir warten, bis es hier wieder Action gibt», erklärt der eine. Wann das sein werde? «Keine Ahnung.» In der Lagerhalle kurvt ein junger Mann mit einem leeren Gabelstapler um letzte verbleibende Paletten mit Kartonkisten, hinten im Raum sitzen ein paar Arbeiter*innen um den weissen Tisch, den wir aus dem Video kennen.

Bald kommen zwei asiatische Frauen auf uns zu. Sie möchten wissen, was wir hier suchen. Unsere Fragen beantworten, das möchten sie nicht. Die müssten wir «an China» richten, sagen sie uns. Ja, aber wohin denn in China? «An unseren Kunden.» An Shein? Sie könne uns keine Adresse geben, sagt eine der Frauen, aber wir sollten unsere Kontaktdaten dalassen, sie werde diese «an den Kunden» weiterleiten. Machen wir – und hören nie mehr was.

Wir schauen uns auch noch am Flughafen um. In der hintersten Ecke des riesigen Logistikkomplexes am Flughafen Lüttich – gleich neben den Zuggleisen, die bis nach China führen – soll YunExpress in einer unlängst erstellten Halle untergebracht sein. Zwei Gabelstaplerfahrer weisen uns den Weg, «Shein ist dort drüben», sagen sie. In einer grossen Halle, in der reihenweise Kartons palettiert sind, treffen wir auf einen Mitarbeiter. Besonders gesprächig ist auch der nicht. Dass man vor ein paar Wochen das Geschäft von EC Hub übernommen habe, «das ist möglich», sagt er süffisant. Mehr könne er nicht sagen, da müsse man Shein direkt fragen. Ein klein bisschen mehr sagt er dann doch noch. YunExpress sei einzig für die Spedition zuständig, verpackt würde die Ware anderswo. Und jetzt müsse er wieder an die Arbeit.

Roberts Vertrag bei EC Hub läuft bald aus. Er wird danach eine Gabelstaplerprüfung absolvieren und möchte dann bei Alibaba am Flughafen beginnen. Simone wird vorerst mal abwarten, was weiter geschieht. Immerhin hat das Management bislang stets beteuert, EC Hub werde

nicht geschlossen. Und anderenorts eine Festanstellung zu finden, wäre alles andere als einfach, sagt sie.

Vor Kurzem habe sich auch YunExpress bei der Gewerkschaft gemeldet, um eine Vereinbarung fürs Arbeiten am Wochenende zu erzielen, hatte uns Daniel zuvor noch erzählt. Er hat daraufhin eine Vorlage ausgearbeitet und sie der Firma zukommen lassen. Bis heute hat er nicht wieder von ihr gehört. ■

Was tun gegen Fast Fashion und den Konsuminfarkt?

Es ist wichtig, dass wir alle unser individuelles Konsumverhalten ändern – gerade wenn es um unsere Kleider geht. Doch mit bewusstem Konsum allein werden wir die Welt nicht retten. Angesichts der Grösse und Vielschichtigkeit der Probleme und des notwendigen Tempos für Massnahmen braucht es auch ein wirksames Eingreifen der Politik und eine Neuausrichtung der Wirtschaft.

Public Eye betrachtet daher das Thema «Konsum» nicht als isolierte Fragestellung, sondern als Teil unserer Arbeit an einer für Mensch und Umwelt nachhaltigeren und gerechteren Wirtschaftsweise. Im Zentrum unserer Herangehensweise stehen die Respektierung der Menschenrechte und die Verwirklichung globaler Gerechtigkeit.



Lesen Sie mehr zur Position von Public Eye zur Frage des Konsums: publiceye.ch/konsumkritik



Bewegen die Pandora Papers die Schweizer Politik?

Anfang Oktober machten die Pandora Papers Schlagzeilen. Auch im bisher grössten Datenleck zu Steueroasen spielen Schweizer Anwaltskanzleien und Treuhandbüros eine zentrale Rolle: Sie waren in die Gründung von Tausenden von Offshore-Gesellschaften involviert. Die Schweizer Politik muss nun dringend notwendige Reformen beschliessen, um dem Missbrauch von Briefkastenfirmen endlich einen Riegel zu schieben.

DAVID MÜHLEMANN

Im Juni-Magazin haben wir berichtet, dass es der Anwaltslobby dank der Hilfe der rechts-bürgerlichen Parlamentsmehrheit gelang, die Einführung strenger Sorgfaltspflichten für Anwält*innen, Treuhänder*innen und andere Berater*innen zur Bekämpfung der Geldwäscherei zu verhindern. Ein halbes Jahr später enthüllen die Pandora Papers des Konsortiums investigativer Journalist*innen (ICIJ), an dem für die Schweiz das Recherchedesk von Tamedia beteiligt ist, wie tief Schweizer Anwalts- und Treuhandbüros im Sumpf der Briefkastenfirmen und der internationalen Steuerhinterziehung sowie Geldwäscherei drinstecken.

Paradies für Wirtschaftskriminelle

Bereits Anfang September lancierten wir unsere Kampagne zu Korruption und Geldwäscherei in der Schweiz. In unserem «Kleinen Handbuch für Wirtschaftskriminelle» verliessen wir für einmal den Boden der harten Realität und publizierten Tipps und Tricks dazu, wie illegale

Gelder in der Schweiz gewaschen werden können und vor allem, wer gerne dabei hilft. Aufbereitet haben wir das Handbuch auch als Webseite sowie in spielerischer Form als Quiz. Wenn Sie schon immer wissen wollten, ob Sie das Zeug zum Wirtschaftskriminellen haben, lohnt es sich, das Fragespiel in der letzten Ausgabe unseres Magazins zu machen.

Unserer Satire zum Trotz sind Geldwäscherei und Korruption natürlich ernsthafte Probleme, die handfeste Lösungen benötigen. Gemäss Schätzungen der UNO verliert die globale Wirtschaft jährlich etwa 3600 Milliarden US-Dollar durch Korruption und andere kriminelle Machenschaften. Dieses Geld fehlt in wirtschaftlich benachteiligten Ländern. Korruption trägt zur Instabilität von Institutionen bei, sie führt zu Misswirtschaft und falscher Verwendung öffentlicher Gelder. Gerade jetzt fehlen in vielen Ländern finanzielle Mittel im Bereich der öffentlichen Gesundheit und zur Unterstützung der lokalen Wirtschaft.

Auch die Schweiz steht in der Verantwortung: Kaum einer der grossen Korruptionsskandale weltweit führt am Schweizer Finanzplatz vorbei.

Nicht jede Briefkastenfirma ist in illegale Aktivitäten verwickelt. Solche Konstrukte werden von Schweizer Anwalts- und Treuhandbüros aber am häufigsten benutzt, um dubiose Transaktionen oder die wirtschaftlichen Nutzniesser zu verschleiern; lesen Sie dazu auch unsere Recherche zu den Briefkastenfirmen im Kanton Zug ab Seite 22. Laut der Meldestelle für Geldwäscherei (MROS) betreffen fast die Hälfte aller Verdachtsmeldungen solche Domizilgesellschaften. Und in fast 12 % der Fälle sind diese in der Schweiz registriert. Einer der Hauptverdachtsmomente dabei ist Korruption.

Die vom Recherchedesk von Tamedia und dem Journalist*innenkonsortium ICIJ analysierten Pandora Papers zeigen, welch zentrale Rolle die Schweiz in dieser Schattenwirtschaft spielt, dessen Hauptopfer all jene Bürger*innen sind, denen Staatseinnahmen vorenthalten werden. Statt Schulen und Krankenhäuser werden mit den Geldern private Villen und Yachten finanziert. Laut Finanzminister Ueli Maurer leidet auch der Schweizer Finanzplatz unter einem Reputationsschaden durch diese dubiosen Finanzdienstleister.

Von den 20 000 Offshore-Strukturen, die allein von der panamaischen Firma Alcolgal geschaffen wurden, führt mehr als ein Drittel zu Schweizer Anwalt*innen, Treuhänder*innen und anderen Berater*innen. Kein Wunder, hat die bürgerliche Parlamentsmehrheit im Frühjahr ganz im Sinne der Anwaltslobby gegen eine Verschärfung des Geldwäschereigesetzes abgestimmt. Ein Entscheid, der unserem Land und dem hiesigen Finanzplatz spätestens bei der nächsten Prüfung durch die Geldwäscherei-Expert*innen der Financial Action Task Force on Money Laundering (FATF) wieder um die Ohren fliegen wird – wie ein Bumerang und genauso wie damals beim Streit um das Bankgeheimnis.

Transparenz bei juristischen Personen ist zwingend notwendig

Auch bei der Transparenz von juristischen Personen und anderen Rechtskonstrukten besteht Handlungsbedarf. Bei der FATF diskutieren die Mitgliedsstaaten mögliche Anpassungen der entsprechenden Empfehlung 24; im Februar 2022 soll eine Revision beschlossen werden. Die Offenlegung der wirtschaftlich Berechtigten an juristischen Personen – also der natürlichen Personen, von denen sie tatsächlich kontrolliert werden – ist eine der wirksamsten Massnahmen gegen Wirtschaftskriminalität.

Der Bundesrat sieht das bislang anders. Im Rahmen der Diskussionen zur Überarbeitung der Empfehlung 24 bei der FATF versucht die Regierung, den Status quo beizubehalten; engagiert sich für «die Anerkennung des Schweizer Regulierungsansatzes sowie für einen

ausreichend flexiblen internationalen Standard». Stossend ist, dass der Bundesrat die offizielle Position der Schweiz offenbar mit dem Privatsektor ausgearbeitet hat – bevor das Parlament konsultiert wurde.

Ein sogenannt zentrales Register der wirtschaftlich Berechtigten wäre ein erster Schritt zu mehr Transparenz über die tatsächlichen Besitzverhältnisse. Public Eye bedauert es, dass der FATF-Standard sehr wahrscheinlich kein öffentliches Register vorschreibt. Denn öffentliche Register ermöglichen auch eine bessere internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Geldwäscherei – einer Straftat, die oft nicht an den Landesgrenzen Halt macht.

Bundesrat und Parlament müssen handeln – gegen ihren Willen

Um eine Wiederholung des Bankgeheimnis-Debakels zu vermeiden, muss die Schweiz schnell die Konsequenzen aus den Pandora Papers ziehen und alle rechtlichen Schlupflöcher schliessen, die Steuerhinterziehung und Korruption auf dem Schweizer Finanzplatz erleichtern. Public Eye ermutigt den zuständigen Bundesrat Ueli Maurer deshalb, dem Parlament umgehend entsprechende Gesetzesänderungen vorzulegen: Auch die Schweiz muss nun ein öffentliches und zentrales Register für wirtschaftlich Berechtigte einführen. Gleichzeitig sollen Berater*innen für Briefkastenfirmen endlich den Sorgfaltspflichten des Geldwäschereigesetzes unterstellt werden. Unterstützen Sie unsere Forderung und «bestechen» Sie Ueli Maurer mit 1000 Public Eye Franken – denn wir haben «kä Luscht» auf Korruption. ■

Haben Sie die Petition schon unterzeichnet?
publiceye.ch/ueli-bestechen



Zug – Offshore-Eldorado für Briefkastenfirmen



Statt eigenem Büro lediglich eine Verwaltung, die Post und Buchhaltung erledigt: Eine Briefkastenfirma ist nicht viel mehr als einer von vielen Namen auf einem Briefkasten. Fünf Jahre nach den «Panama Papers» zeigen die Pandora Papers aufs Neue die zentrale Rolle der Schweizer Offshore-Industrie mit ihren Anwaltskanzleien und Treuhandbüros, wenn es darum geht, Steuerhinterziehung und Geldwäscherei zu erleichtern. Briefkastenfirmen sind in nahezu die Hälfte der Verdachtsfälle von Korruption und Geldwäscherei verwickelt, die den hiesigen Behörden gemeldet werden. Gemäss Analyse von Public Eye gibt es im Kanton Zug rund 6300 dieser substanzlosen Unternehmen.

Poststrasse 30 in der Zuger Neustadt, wenige Schritte vom Bahnhof entfernt. Auf den ersten Blick ein Bürogebäude wie jedes andere auch. Auf der grossen Tafel beim Eingang stehen 20 Namen von Firmen, verteilt auf fünf Etagen. Trotzdem dürfte die Gegensprechanlage nur wenig genutzt werden: Auf provisorisch wirkenden Etiketten schmücken ganze sechs Firmennamen die Tasten der Sonnerie, dazu ein anonymes «Büro 1. OG Ost» und die Generalagentur einer Versicherung. Mit zehn Tasten, die nicht belegt sind, wirkt das Gebäude sehr anonym. Es ist offensichtlich: Die meisten der hier angesiedelten Firmen rechnen nicht mit Besuch.

Kein Wunder: Das Gebäude ist eine Topadresse für Briefkastenfirmen. So überrascht es auch nicht, dass nur 23 der 82 Unternehmen, die gemäss Bundesamt für Statistik an der Poststrasse 30 gemeldet sind, im Telefonbuch von search.ch eingetragen sind. Doch Briefkastenfirmen sind oft über ein Treuhandbüro oder eine Anwaltskanzlei erreichbar, die ihnen ein Domizil gewährt und für sie Anrufe entgegennimmt. Ein Geschäftsmodell, das sich in Zug grosser Beliebtheit erfreut.

Repräsentativer Auftritt für 95 Franken pro Monat

Ein Domizil für Scheinfirmer gibt's im steuergünstigen Zug zum Schnäppchenpreis: Für 95 Franken pro Monat bietet etwa die Domizilagentur GmbH eine sogenannte c/o-Geschäftsadresse für den «repräsentativen Geschäftsauftritt» mit «Post- und Paketempfang» an der zentralen Baarerstrasse 43 an. Wer will, dass die Post einmal in der Woche weitergeleitet wird, bezahlt zusätzlich 45 Franken pro Monat.

Für eine Geschäftsadresse ohne den etwas verfänglichen Zusatz «c/o Domizilagentur GmbH» werden als Grundgebühr bereits 195 Franken pro Monat fällig. Dafür verpflichtet sich der Domizilgeber vertraglich, der Briefkastenfirma Räumlichkeiten zur Mitbenutzung zu überlassen. Das kann auch nur ein Sitzungszimmer sein; für 100 Franken im Monat gibt es auf dem teuren Zuger Pflaster nicht mehr, aber den laxen Anforderungen des Zuger Handelsregisteramts ist damit Genüge getan.

Die Agentur agiert auch sonst äusserst kostenbewusst: Auf dem Stellenportal kosovajob.com suchte sie Anfang September 2021 eine Person für die «Administration in Deutsch». Aufgabe: Bearbeiten und Kontrollieren von Excel-Dateien. Dennoch braucht es für den Job in einem «Büro mitten in der Stadt Pristina» neben sehr guten Deutschkenntnissen auch einen Studienabschluss. Die Bewerbung ist an die Schweizer Mailadresse der Agentur zu senden.

Dienstleistungsanbieter wie die Domizilagentur gibt es im Kanton Zug so einige; einer betreibt die Website briefkasten-zug.ch und bietet darauf ein «virtuelles Büro» an, ein anderer erklärt unter swiss-company-formation.ch, weshalb Zug so attraktiv ist. Punkt 1: niedrige Steuern.

Ja, mit einer Briefkastenfirma im Steuerparadies Zug lässt sich viel Geld sparen. Dass die Rechnung nicht immer aufgeht, musste eine kleine Immobilien- und Architekturfirma erfahren. 2017 hat das Zürcher Verwaltungsgericht per Gerichtsentscheid den Sitz des Unternehmens von Zug nach Winterthur verlegt. Der Sitz in Zug sei offensichtlich nur ein Scheindomizil. Das seit 2008 in Zug angemeldete Kleinstunternehmen mit maximal drei Mitarbeitenden war damit nicht einverstanden und zog das Urteil ans Bundesgericht weiter. Doch schon ein Jahr später bestätigte dieses den Entscheid und die Argumentation der Vorinstanz. Das Unternehmen gebe für seinen «Hauptsitz» an einer c/o-Adresse in Zug lediglich 100 Franken pro Monat aus. In Winterthur machten die Bürokosten 24 000 Franken im Jahr aus, und somit sei auch der Steuersitz dorthin zu verlegen. Ein Erfolg für die Steuerämter des Kantons Zürich und der Stadt Winterthur; die Verschiebung der Steuerhoheit wurde sogar rückwirkend per Januar 2013 vollzogen.

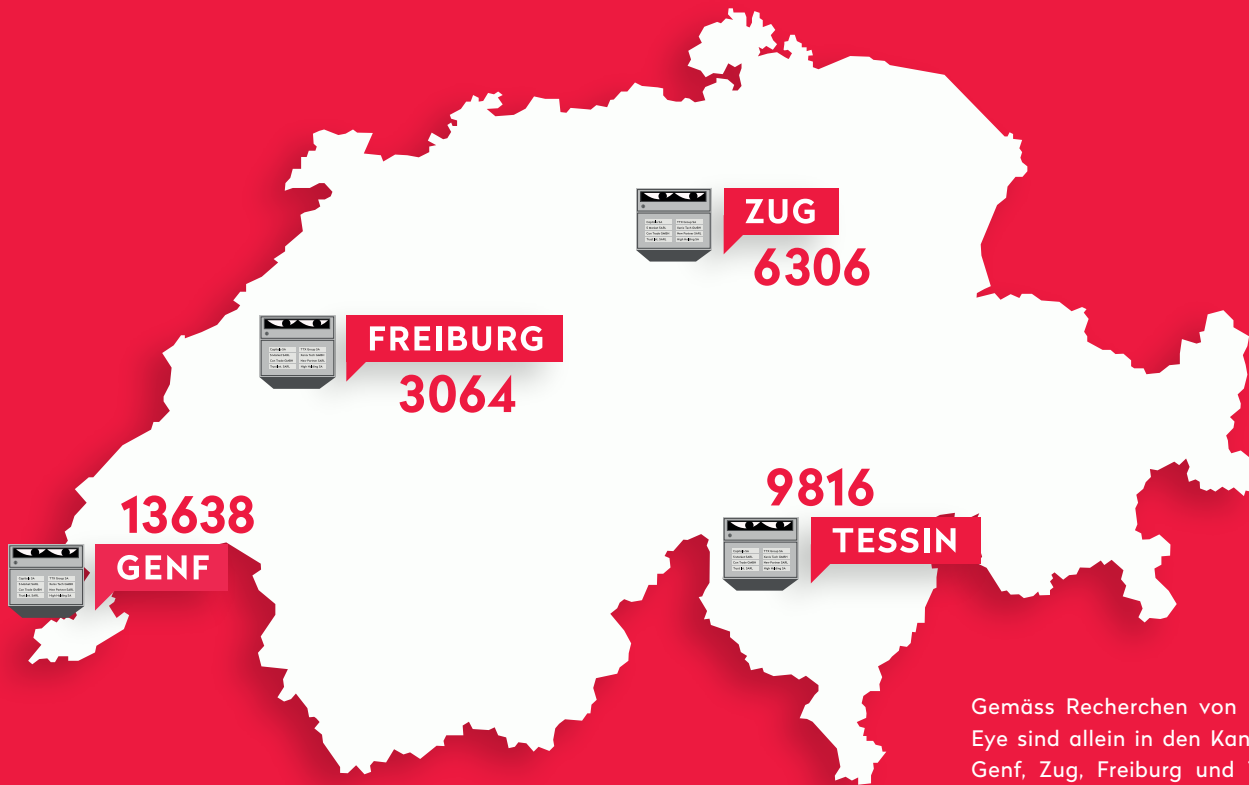
Schlagzeilen machen die Zuger Briefkastenfirmen selten in einem lokalen Zusammenhang. Meistens geht es um unrühmliche internationale Verstrickungen.

Doch Schlagzeilen machen die Zuger Briefkastenfirmen selten in einem lokalen Zusammenhang. Meistens geht es um unrühmliche internationale Verstrickungen: Ob nun Luanda Leaks, Panama Papers, Paradise Papers oder jüngst die Pandora Papers – Zug ist zum Beispiel immer ganz vorne mit von der Partie, wenn das International Consortium of Investigative Journalists (ICIJ) verblüffende Enthüllungen macht.

Skandal um Panama Papers hatte kaum Folgen

Ihren letzten grossen Auftritt hatten die Zuger und Schweizer Briefkastenfirmen 2016 bei der Enthüllung der «Panama Papers», den vertraulichen Unterlagen des Offshore-Dienstleisters Mossack Fonseca, die dank einem riesigen Datenleck an die Öffentlichkeit gelangten.

Damals wurde bekannt, dass 1277 Schweizer Vermittler*innen über den Genfer Ableger von Mossack Fonseca mehr als 38 000 Briefkastenfirmen in der Karibik gegründet hatten. Eine im Juni 2021 von Public Eye durchgeführte Untersuchung zeigt, dass sich zwei Drittel der 211 Geschäftsführer*innen in Luft aufgelöst haben, aber mindestens 120 der 153 in den Panama Papers genannten Schweizer Anwaltskanzleien (78 %) nach wie vor aktiv sind. Und von den 821 anderen involvierten Schweizer Treuhandbüros und Finanzintermediären sind ebenfalls noch drei Viertel im Geschäft (73 %). →



Gemäss Recherchen von Public Eye sind allein in den Kantonen Genf, Zug, Freiburg und Tessin rund 33000 Unternehmen ohne Substanz ansässig.

Wie die Pandora Papers, ein massives Datenleck bei vierzehn internationalen Treuhandgesellschaften, Anfang Oktober zeigten, spielen Schweizer Vermittler*innen weiterhin eine zentrale Rolle bei der Gründung von Briefkastenfirmen, um die Herkunft von Geldern und ihre wahren Eigentümer zu verschleiern. Von den 20000 Offshore-Strukturen, die allein von der panamaischen Anwaltskanzlei Alcolgal geschaffen wurden, sind mehr als ein Drittel mit Schweizer Anwalt*innen, Treuhänder*innen und anderen Berater*innen verbunden. Ihre Klientel? Monarch*innen, Despot*innen autoritärer Länder oder Kriminelle.

Die verschiedenen Enthüllungen hatten damit praktisch keine Folgen: Die Briefkastenfirmen haben kaum an Beliebtheit eingebüsst, niemand wurde eingesperrt und auch zu einer wesentlichen Verschärfung des Geldwäschereigesetzes (GwG) ist es nicht gekommen. Und die hiesige Treuhand- und Finanzbranche bietet ihre Offshore-Dienste auch im Inland an.

Milliardenpleite von Zuger Briefkastenfirma

So enthüllte die «Financial Times» kürzlich, dass der New Yorker Hedgefonds Lion Point Capital in Zug gegen EY Schweiz, die frühere Ernst & Young, eine Schadenersatzklage in der Höhe von einer Milliarde Dollar eingereicht hat. EY hatte die Bücher der Zuger Briefkastenfirma Zeromax seit ihrer Gründung 2005 geprüft. Für die Jahre 2008 und 2009 lieferte EY kein Testat mehr für die Jahresberichte ab. 2010 ging die mit dem Minimalkapital von 20000 Franken ausgestattete GmbH pleite und hinter-

liess einen Schuldenberg von sagenhaften 5,6 Milliarden Franken, wovon bis heute 2,5 Milliarden unauffindbar sind. Nur der Swissair-Konkurs war noch grösser.

Lion Point Capital hatte 2019 eine Schulden tranche aus der Konkursmasse von Zeromax erworben, weshalb der Hedgefonds nun als Kläger auftreten kann. Zeromax war über ein Geflecht von weiteren Briefkastenfirmen hauptsächlich in der zentralasiatischen Republik Usbekistan tätig. Sie handelte mit Rohstoffen, insbesondere Erdöl und Erdgas, und galt zeitweilig als grösste Arbeitgeberin Usbekistans.

Laut «Financial Times» bezahlte Zeromax in den vier Jahren vor dem Konkurs unter anderem zweistellige Millionensummen für wertvollen Schmuck, an dem sich die für ihren extravaganten Lebensstil bekannte Gulnara Karimowa erfreute, die älteste Tochter des früheren usbekischen Staatspräsidenten Islom Karimov. Dies zeigten Beschlagnahmungen durch Schweizer Ermittlungsbehörden 2016 bei der Genfer Privatbank Lombard Odier. In Safes, die von Karimowa gemietet waren, lagen Schmuckstücke, die Zeromax bezahlt hatte. Zwischen 2004 und 2007 soll Zeromax zudem mindestens 288 Millionen US-Dollar an Offshore-Gesellschaften bezahlt haben, die von Karimowa oder ihrem Umfeld kontrolliert wurden und nach Erkenntnis der Strafverfolgungsbehörden als Vehikel für das Waschen von Korruptionsgeldern dienten.

Solche Briefkastenfirmen gibt es nicht nur in Zug. Um eine Gesamtschau zu erhalten, hat Public Eye in einer akribischen Datenanalyse die wichtigsten Schweizer



Zuger Briefkastenfirma finanzierte den Schmuck: Gulnara Karimowa, Tochter des Ex-Staatspräsidenten, 2013 an einem Konzert in Taschkent, Usbekistan.

© Yves Forestier/Getty Images



Nähe zu Zuger Briefkastenfirma: der weissrussische Präsident Alexander Lukaschenko im September 2021 am Tag der nationalen Einheit in Minsk.

© Viktor Tolochko/Sputnik via AFP

Standorte dafür kartografiert. Von Genf über Lugano und Zug bis nach Freiburg identifizierten wir fast 33 000 Unternehmen, denen es massiv an Substanz fehlt (siehe Karte links). Die unmittelbare Folge für die Unternehmenslandschaft an diesen Standorten: eine stattliche Zahl von Gebäuden mit Briefkästen mit den Namen von unzähligen Firmen, die praktisch keine Räumlichkeiten beanspruchen und kein Personal beschäftigen. Und eine unüberschaubare Zahl von Briefkastenfirmen, die mit ihrer oft beschränkten Lebensdauer die Handelsregisterämter auf Trab halten.

Dies sind die Hauptmerkmale einer typischen Briefkastenfirma:

1. keine operative oder kommerzielle Tätigkeit vor Ort;
2. kein eigenes Personal (ausser Geschäftsführung);
3. c/o-Adresse und/oder Sitz bei einem Treuhandbüro oder einer Anwaltskanzlei;
4. komplexe Struktur (z. B. mit mehreren übereinanderliegenden Organisationsebenen, bevor eine natürliche Person ins Spiel kommt);
5. Geschäftsführende, die eine grosse Zahl weiterer Unternehmen führen;
6. ungewöhnlich niedriger Verbrauch an Heizung, Strom und Internetdaten (diese Angaben sind allerdings nicht öffentlich zugänglich).

Für Zug hat die Untersuchung von Public Eye ergeben, dass es rund 6300 Briefkastenfirmen gibt, die in Gebäuden

untergebracht sind, wo Anwaltskanzleien und Treuhandbüros ihr Tagesgeschäft erledigen. Und da die politische Schweiz es immer noch ablehnt, ein öffentlich zugängliches und nationales Register der Letztbegünstigten von Unternehmen einzuführen, ist die Diskretion für die eigentlichen Eigentümer*innen gewährleistet, was ein weiterer wichtiger Standortvorteil ist.

Lukaschenkos Brieftasche in Zug

Politisch exponierte Personen (PEP), die bezüglich Geldwäscherei strengeren Anforderungen als Normalbürger*innen unterliegen, nutzen gern Briefkastenfirmen in der Schweiz. Jüngstes Beispiel: eine Zuger Briefkastenfirma mit Bezug zum weissrussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko, über die unter anderem der «Tages-Anzeiger» berichtete. Der Lukaschenko nahestehende Bau- und Immobilienkonzern Dana Astra mit Sitz in Minsk ist in den Augen der US-amerikanischen Sanktionsbehörden eine der «Brieftaschen» des Diktators: Diese Firmen finanzieren Lukaschenko und sein Regime, werden dafür bei Staatsaufträgen bevorzugt behandelt und erhalten allerlei Erleichterungen, zum Beispiel Steuergeschenke. Und deswegen stehen sie seit 2020 auf den Sanktionslisten der USA und EU, aber auch auf jener des Staatssekretariats für Wirtschaft Seco.

Dessen ungeachtet ermöglichte die sich unterdessen in Liquidation befindliche Zuger Dana Holdings GmbH der weissrussischen Dana Astra, zum Beispiel auf der Finanzplattform Cbonds als Teil eines Schweizer

Mehrstufige Analyse von Public Eye

Es liegt in der Natur der Sache, dass sich die Zahl der Zuger Briefkastenfirmen nicht exakt beziffern lässt. Anhand verschiedener Datenbanken ist es Public Eye gelungen, den Schleier über den Briefkastenfirmen zu lüften. Das war unser Vorgehen dabei:

- Erstens haben wir von der Zahl der Einträge im kantonalen Handelsregister (HR) jene von Unternehmen im Verzeichnis search.ch abgezogen. Ende August 2020 zählten wir im HR 35 513 Zuger Unternehmen. Zieht man die 11 103 Telefonnummern ab, ergibt sich eine Differenz von 24 410 Unternehmen (mehr als zwei Drittel). Dies ist die ungenaueste Schätzung, da eine gewisse Anzahl von ihnen eine echte gewerbliche Tätigkeit ausüben kann, obwohl sie nicht im Telefonbuch eingetragen sind: Der Eintrag ist für Unternehmen wie für Privatpersonen freiwillig.
- Die zweite Methode besteht darin, auf der Grundlage der anonymen Daten zur Unternehmensstruktur des Bundesamts für Statistik (BFS) all jene Firmen aufzulisten, die weniger als eine Vollzeitstelle deklarieren. Dies trifft auf mehr als 50 % der Zuger Unternehmen zu: Von den 17 085 Firmen, die das BFS auf Grundlage der AHV-Verwaltungsdaten erfasst hat, hatten 8 666 weniger als eine Vollzeitstelle (wobei das BFS nur Firmen erfasst, die im Minimum eine Lohnsumme von 2300 Franken pro Jahr auszahlen). Das verdeutlicht den Mangel an Substanz in einem Grossteil der Zuger Wirtschaft. Allerdings fallen auch alle Selbstständigen (Ärzt*innen, Anwält*innen und andere Freiberufler), die nicht Vollzeit arbeiten, in diese Kategorie. Deshalb ist auch diese Schätzung für sich allein zu hoch.
- Und schliesslich die dritte und genaueste Schätzung: Wir haben die Namen aller geschäftsführenden Personen analysiert, die im Zuger Handelsregister stehen. Das Resultat: Einzelpersonen verwalten Dutzende von Unternehmen, die produktivsten davon sogar über 100. Unternehmen, die von einer solchen Einzelperson verwaltet werden, können unmöglich echte Substanz haben. Bei der Analyse haben wir einen Schwellenwert von sechs verwalteten Unternehmen festgelegt (d. h. die Geschäftsführung widmet jedem weniger als einen Tag pro Woche). Das Ergebnis sind 6306 Firmen, die wir als substanzlos bezeichnen würden, was 17,8 % der Einträge im Zuger Handelsregister entspricht.

Die Zahl der Angestellten – ein gut geschütztes Geheimnis

Mithilfe der Website Zefix.ch, dem zentralen Verzeichnis aller Firmennamen in der Eidgenossenschaft, erstellten wir anschliessend eine erste Liste der Adressen, an denen die meisten Firmen gemeldet sind und jener mit den meisten Firmennamen mit c/o-Zusatz. Aber Achtung: Auch der Trend zu Coworking Spaces führt dazu, dass sich zahlreiche Unternehmen an einer einzigen Adresse registrieren. Folglich haben wir diese Gebäude in der weiteren Analyse nicht berücksichtigt.

Um die Substanz der Unternehmen zu prüfen, haben wir die Zahl der Beschäftigten in Vollzeitäquivalenten (VZÄ) ermittelt. Anonymisierte Daten (ohne Firmennamen) dazu sind auf der Website des Bundesamts für Statistik (BFS) öffentlich zugänglich. Anhand der geografischen Koordinaten der Unternehmen lässt sich die Zahl ihrer Beschäftigten eruieren. Das Bundesamt hat sich hier sogar die Mühe gemacht, die letzten beiden Ziffern der Geolokalisierungsdaten systematisch zu ersetzen, um die Identifizierung dieser Unternehmen zu erschweren. Die Zahl der Beschäftigten scheint in der Schweiz eine hochsensible Information zu sein.

Um die nicht veröffentlichten Daten für das Jahr 2018 (die letzten zum Zeitpunkt der Erhebung verfügbaren Statistiken) zu erhalten, musste Public Eye einen Vertrag zum Datenschutz unterzeichnen, der unsere Möglichkeiten einschränken soll, zu genaue Ergebnisse zu verbreiten. Doch anhand dieser dritten Datenbank konnten wir den Durchschnitt der Vollzeitäquivalente pro Adresse berechnen. Die Daten zur Geolokalisierung der Adressen konnten wir über die Geocoding App von Google ermitteln. Die resultierende Adressdatei wurde dann durch Recherchen auf Google Maps, Besuche in den Gebäuden selbst sowie über das Verzeichnis search.ch ergänzt.



Gebäude an der Baarerstrasse in Zug, einer bei Briefkastenfirmen beliebten Adresse

© Regine Giesecke

Unternehmens aufzutreten, das auf Investitionen im Immobilienbereich spezialisiert sei und Wohn-, Geschäfts- und Industriegebäude erstelle. Nur: Dana Holdings hatte lediglich eine c/o-Adresse beim Zuger Ableger einer grossen Genfer Wirtschaftskanzlei und war damit ohne Substanz. Dass die Zuger Briefkastenfirma auch steuerlichen Zwecken diene, ist anzunehmen.

Die Treuhand- und Finanzbranche begnügt sich also nicht damit, Offshore-Aktivitäten «Made in Switzerland» in exotischen Ländern zu entfalten. Denn anders als gemeinhin angenommen wird, bezieht sich das angelsächsische Wort «offshore» aus Schweizer Sicht nicht nur auf ausländische Gerichtsbarkeiten oder Steuerparadiese wie die britischen Jungferninseln. Der Begriff bezieht sich auf etwas, das sich aus Sicht eines Akteurs im Ausland befindet – und dieses Ausland ist häufig auch die Schweiz.

Beliebter Offshore-Standort Schweiz

Oder wie es eine Zürcher Anwaltskanzlei auf ihrer Website sagt: «Auf einem Offshore-Konto ist Vermögen deponiert, das sich in einem fremden Land befindet, wo der Anleger keinen Wohnsitz hat, keine Steuern zahlen muss und die Behörden im Heimatland keine Kompetenzen haben.» Ende 2020 bewirtschafteten die Schweizer Banken nach eigenen Angaben ein Viertel des weltweit grenzüberschreitend verwalteten Vermögens; im ersten Halbjahr stiegen diese gar um 6,9%. Damit ist die Schweiz der weltweit führende Offshore-Finanzplatz – oder «Weltmarktführerin im grenzüberschreitenden Private

Banking», wie es die Bankiervereinigung ausdrückt. Doch «offshore» lassen sich in der Schweiz nicht nur Konten eröffnen, sondern eben auch Firmen gründen.

Mitunter ist die Schrift der langen Firmenliste so klein, dass der Briefträger gute Augen haben muss, um die Post in den richtigen Schlitz zu stecken.

Neben der eingangs erwähnten Poststrasse 30 gibt es im Kanton Zug ein gutes Dutzend Gebäude, in denen 70 und mehr Unternehmen ihren offiziellen Sitz haben, die in ihrer grossen Mehrheit substanzlos sind. Der Begriff «Briefkastenfirma» ist hier übrigens etwas verwirrend, denn diese Firmen haben keinen eigenen Briefkasten, sondern teilen ihn sich mit 70 und mehr anderen substanzlosen Unternehmen. Mitunter ist die Schrift der langen Firmenliste so klein, dass der Briefträger gute Augen haben muss, um die Post in den richtigen Schlitz zu stecken.

Über 200 Unternehmen in einem Gebäude

Die Zahl der Beschäftigten pro Unternehmen ist an diesen Standorten auffällig tief. Viele Unternehmen sind in der Finanz oder Immobilienbranche sowie im Rohstoffhandel tätig. Letzterer scheint mitunter sogar ganz ohne Personal auszukommen: Gemäss Zahlen des Bundesamts für

Statistik von 2018 haben von den 900 Unternehmen, die landesweit in diesem Sektor tätig sind, mehr als ein Viertel (26,4 %) keine Angestellten. Und fast jeder vierte Rohstoffhändler der Schweiz hat seinen Sitz im Kanton Zug. Hier vier weitere typische Standorte von Briefkastenfirmen, die aus unseren Recherchen resultieren:

- **Baarerstrasse 2 in Zug:** Hier haben 204 Unternehmen ihr Domizil. Dazu gehören Vermögensverwalter, Anwaltskanzleien und Treuhandbüros, die Dutzende von Unternehmen vertreten. Im Durchschnitt beschäftigt jede Firma 2,4 Angestellte.
- **Bahnhofstrasse 21 in Zug:** 75 Unternehmen haben hier ihren Sitz. Drei Treuhandfirmen fallen durch Briefkästen mit langen Firmenlisten auf. Mit 1,5 Beschäftigten pro Firma scheint die Tätigkeit nicht sehr arbeitsintensiv zu sein. Klar, das sind nicht alle Firmen ohne Substanz; viele haben einfach ihr Steuerdomizil an dieser Adresse, die eigentliche Geschäftstätigkeit findet dann an weniger steuergünstigen Orten statt. Deshalb schreibt eine der Treuhandfirmen auf ihrer Website auch: «Verschenden Sie Ihre Zeit nicht mit Papierkram, lassen Sie uns den ganzen Aufwand bewältigen und wir stellen Ihnen das gesetzlich vorgeschriebene Personal zur Verfügung.»
- **Neuhofstrasse 5A in Baar:** An dieser Adresse ist ein grosses Treuhandbüro zu Hause, das unter seinem Namen auch gleich ein Businesscenter führt, das den Post- und Telefonservice übernimmt und für Kunden in mehreren Sprachen Korrespondenz führt. Das ist so praktisch, dass insgesamt 75 Firmen hier domiziliert sind. Im Schnitt zählt aber jede nur 2,7 Beschäftigte.

Auf einem Stadtbummel durch Zug fallen diese und andere Standorte von Briefkastenfirmen niemandem auf; es sind Bürogebäude wie andere auch. Erst der Blick auf die Briefkästen mit den ellenlangen Firmenlisten im Eingang zeigt, wie viele Unternehmen auf engstem Raum zusammenleben. Doch den Zuger Briefkastenfirmen kann diese Art von Dichtestress nichts anhaben – genügsam, wie sie sind. ■

Die umfangreichen Recherchen, die diesem Artikel zugrunde liegen, wurden mit der Unterstützung von freiwilligen Mitarbeitenden durchgeführt. Public Eye bedankt sich bei ihnen herzlich für ihr Engagement.



Lesen Sie online unsere Stories zu Genf und Freiburg:
publiceye.ch/de/offshore

Briefkastenfirmen sind schlechte Steuerzahler

Neben der Vielzahl von Briefkastenfirmen haben die vier von Public Eye untersuchten Unternehmensstandorte Zug, Genf, Freiburg und Lugano noch etwas anderes gemeinsam: eine grosse Zahl von Anwaltskanzleien, Treuhand- und Notariatsbüros sowie anderen Finanzintermediären und Rechtsdienstleistern, von denen ein erheblicher Teil mit der Gründung von komplexen juristischen Unternehmenskonstrukten befasst ist. Dies häufig über Länder mit einer Rechtsordnung, die für ihre Undurchsichtigkeit bekannt ist.

Diese Konstrukte sind zwar legal, ermöglichen es aber, bestimmte Transaktionen zu verschleiern und/oder den wahren wirtschaftlichen Nutzniesser zu verbergen. Die Weltbank warnt im Rahmen ihres Kampfs gegen Wirtschaftskriminalität regelmässig vor dieser Intransparenz. «Die meisten grossen Korruptionsfälle haben gemeinsam, dass sie sich auf legale Strukturen wie Unternehmen, Stiftungen oder Trusts stützen, um den Besitz und die Kontrolle von schmutzigem Geld zu verbergen», schrieb sie schon 2011 im Zusammenhang mit einer Buchpublikation.

Nicht jede Sitzgesellschaft ist suspekt

Doch nicht jedes Unternehmen ohne Substanz ist zwangsläufig in dubiose Aktivitäten verwickelt. Wir behaupten auch nicht, dass alle diese Unternehmen oder jene, die von ihrer Gründung profitieren, in ihrem Land Steuern hinterziehen oder Wirtschaftskriminelle sind. Doch Sitzgesellschaften – also Unternehmen, die gemäss der Schweizer Geldwäschereiverordnung kein Handels-, Fabrikations- oder anderes nach kaufmännischer Art geführtes Gewerbe betreiben – werden in der Schweiz am häufigsten genutzt, um die «wirtschaftlich Berechtigten» zu verbergen. Das sind jene Personen, die letztlich die Kontrolle über solche Unternehmen ausüben.

Aus dem 2019 vom Bund publizierten Bericht «Korruption als Geldwäschereivortat» geht zudem hervor, dass es bei rund 44 % der Geschäftsbeziehungen, von denen die Meldestelle für Geldwäscherei im Jahr 2017 wegen Korruptionsverdacht erfuhr, um Sitzgesellschaften ging; lediglich 14 % betrafen operativ tätige Unternehmen und 41 % natürliche Personen. Von den gemeldeten Geschäftsbeziehungen, deren Vertragsparteien juristische Personen

waren, betrafen über 75% Sitzgesellschaften; nur eine Minderheit davon hatte allerdings ihr Domizil in der Schweiz.

So oder so: Die Möglichkeit, Unternehmen unbürokratisch zu gründen, ist eine entscheidende Stärke des Schweizer Finanzplatzes. Zwar wurde im Rahmen der letzten Steuerreform auf den 1. Januar 2020 und auf Druck der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD das Steuerprivileg für Sitz- oder Domizilgesellschaften abgeschafft. Dies bedeutet jedoch nicht, dass substanzarme Unternehmen in der Schweiz nun verschwinden werden.

Auch ohne Steuerprivileg bezahlt ein Schweizer Unternehmen im internationalen Vergleich sehr tiefe Abgaben – und das ohne Berücksichtigung von individuellen Vereinbarungen, die für Konzerne noch vorteilhafter sind. Die Finanzdirektion des Kantons Zug etwa gibt als Gewinnsteuerbelastung für alle Gesellschaften rund 12% an – je nach konkreter Standortgemeinde und als Total der Kantons-, Gemeinde- und direkten Bundessteuern. Zum Vergleich: Die OECD-Mitglieder haben sich im Sommer 2021 auf eine globale Konzernsteuerreform geeinigt, die einen Mindestsatz von 15% auf Unternehmensgewinne vorsieht.

Als Steuerzahler in Zug bedeutungslos

Als Steuerzahler üben sich die Briefkastenfirmen denn auch in Bescheidenheit. Auf Anfrage von Public Eye gibt der Zuger Finanzdirektor Heinz Tännler an, dass die Domizilgesellschaften vor der Steuerreform rund 1% des gesamten kantonalen Steuerertrags ausmachten. «Mittlerweile dürfte der Beitrag noch geringer sein», so Tännler. «Er ist so tief, dass wir ihn für Budgetzwecke komplett ausser Acht lassen.»

Tännler hatte 2020 gegenüber der «NZZ» zudem gesagt, die Zuger Regierung wolle keine Briefkastenfirmen, sondern Unternehmen anziehen, die operativ tätig seien, Arbeitsplätze schafften und sich an die Gesetze hielten. Heute tönt es so: «Der Kanton Zug unternimmt keine aktiven Anstrengungen, um diese Unternehmen anzuziehen, hat aber aufgrund der Niederlassungsfreiheit sowie der Handels- und Gewerbefreiheit keine rechtliche Handhabe, ihnen die Niederlassung und Geschäftstätigkeit zu verweigern.»

Die von Public Eye für den Kanton Zug ermittelte Zahl von 6300 Briefkastenfirmen erachtet der Finanzdirektor als «deutlich überhöht». Diese Einschätzung kontrastiert allerdings mit aktuellen Angaben des Zuger Handelsregisteramts. Auf Anfrage von Public Eye teilte dieses mit, dass Mitte September 2021 im Kanton Zug 7388 Rechtseinheiten mit einer c/o-Adresse eingetragen waren. Diese dürften in ihrer grossen Mehrheit substanz-

los sein. Hinzu kommen jene Briefkastenfirmen, die keine c/o-Adresse haben, weil sie bei ihrem Domizilgeber zumindest temporär Zugang zu Büroräumlichkeiten haben.

Auch wenn der Kanton sie nicht aktiv anwirbt, sind und bleiben die Briefkastenfirmen ein wichtiges Standbein der Zuger Wirtschaft: Bruno Aeschlimann, der Präsident der Zuger Treuhändervereinigung, hatte 2016 prognostiziert, «dass diese in absehbarer Zeit mehr oder weniger verschwinden». Heute sagt er, dass der Rückgang doch einiges langsamer vonstattengehe, als er damals erwartete. «Aber es kommen wenige neue hinzu.»

Eine Zuger Institution mit langer Tradition

Die Zuger Briefkastenfirmen haben ihre Wurzeln in einem Spezialgesetz zur Besteuerung von juristischen Personen, das 1930 auf Anregung und mit tatkräftiger Mitwirkung des Zürcher Rechtsanwalts Eugen Keller-Huguenin in Kraft trat. Der Zuger Historiker Michael van Orsouw beschrieb 1996 in der «NZZ», dass der Anwalt für Zug gewiebelt hatte, weil er im «sozial entzweiten» Zürich keine Chance für sein Vorhaben sah. Den Zugern versprach er eine goldige Zukunft: «Die Steuerkraft der Bevölkerung wird gehoben, ihre allgemeine Kaufkraft vermehrt, dem Gewerbe vielfaches Aliment zugeführt; was der Fremdenverkehr nur unter Investierung gewaltiger Kapitalien möglich macht, wird hier durch ein paar einfache Sätze in der Steuergesetzgebung erreicht.» Die « paar einfachen Sätze » prägen den Kanton Zug bis zum heutigen Tag. ■





Reich an Tradition und Einfluss: Treuhandfirma FidinaM in Lugano.

© Karl Mathis KeyStone

Mode, Handel und verstecktes Bargeld bei Treuhandbüros im Tessin

Gemäss der exklusiven Untersuchung von Public Eye zählt der Kanton Tessin rund 9800 Unternehmen ohne Substanz. Wenig überraschend finden sich unter den beliebtesten Adressen Unternehmen aus dem «Fashion Valley» und dem Rohstoffhandel, die historisch mit dem Tessiner Finanzplatz verbunden sind.

FEDERICO FRANCHINI

Einige Schritte vom Stadtzentrum von Lugano entfernt, auf der anderen Seite des Flusses Cassarate, ragt ein von Stararchitekt Mario Botta entworfener Backsteinbau in die Höhe. An der Via Maggio 1 ist das einflussreichste Treuhandbüro des Kantons Tessin untergebracht: die 1960 von Tito Tettamanti in Lugano gegründete FidinaM. 1959 wurde Tettamanti als Mitglied der CVP im Alter von 29 Jahren Regierungsrat des Kantons Tessin. Ein Jahr später trat er in der Folge eines Skandals rund um die Verurteilung eines Freundes wegen Steuerhinterziehung zurück. In seinem Buch *The Swiss Connection* (1996) bezeichnet ihn der Journalist Gian Trepp als «Offshore-König», der über ein Netz an Unternehmen in der Schweiz, Monaco, Luxemburg, Liechtenstein und anderen Steuerparadiesen herrscht.

Seit den 1960er-Jahren dient FidinaM hauptsächlich als Anlagevehikel für Fonds italienischer Herkunft.

Die Achse Italien-Lugano-Vaduz ist zum Rückgrat ihres Geschäfts geworden. Wiederholt wurden der Name der Firma und jener von Tettamanti, der heute keine führende Rolle mehr in der Gruppe hat, mit Skandalen im Nachbarland in Verbindung gebracht: von Tangentopoli (illegale Finanzierung italienischer Parteien in den 1990er-Jahren) über Schmiergelder für Enimont (ein kurzlebiges Joint Venture zwischen dem Chemiekonzern Montedison und des Erdölkonzerns ENI, das 1988 noch an der Börse notiert war) bis zur Insolvenz des italienischen Nahrungsmittelkonzerns Parmalat (der 2003 ein Loch von 14 Milliarden Euro in seiner Kasse entdeckt hatte). Gegen Tito Tettamanti wurde selbst jedoch nie direkt ermittelt und er wurde nie verurteilt.

Kürzlich berichteten die Medien über die Verstrickung des Unternehmens in eine Affäre mit verstecktem Bargeld in Zusammenhang mit der Lega Nord, der

rechtsextremen Partei von Matteo Salvini. Die Rede ist von Schwarzgeld aus dem umstrittenen Verkauf eines öffentlichen Gebäudes in der Lombardei, der durch ein italienisches Unternehmen von Fidinam durchgeführt wurde. Die Gruppe erklärt, mit der Untersuchung nichts zu tun zu haben, und erinnert daran, dass sie in der Vergangenheit mehrere Prozesse gegen Journalist*innen gewonnen hat. Der jüngste italienische Fall im Zusammenhang mit der Treuhandfirma betrifft einen Financier, der mehrere berühmte Personen, darunter den ehemaligen Trainer der Squadra Azzura, Antonio Conte, durch ein Offshore-Unternehmen, das mithilfe des luganesischen Unternehmens verwaltet wird, betrogen hat.

Schon 2003 warb Fidinam bei ihren europäischen Kund*innen damit, dass sie ihre Sparkonten über eine Gesellschaft halten können, die für 650 US-Dollar auf den Britischen Jungferninseln oder in Panama gegründet wird, um so der Erhebung von Quellensteuern zu entgehen. Diese Initiative bewog einen damaligen Nationalrat dazu, den Bundesrat um Klärung zu bitten.

An der Via Maggio 1 verzeichnet Public Eye gegenwärtig 116 Unternehmen (sogar 335, wenn man auch die gelöschten dazuzählt). Die meisten haben eine Adresse bei Fidinam oder einem der rund ein Dutzend Unternehmen der Gruppe, die dort niedergelassen sind. So hatte beispielsweise das sich heute in Liquidation befindliche und andernorts domizilierte Unternehmen Defendant Sàrl, das als Aufbewahrungsort der Immobilienaktiva des umstrittenen, mittlerweile verstorbenen italienischen Financiers Salvatore Ligresti galt, seine Adresse bei Fidinam & Partners SA. Laut der Mailänder Tageszeitung «Corriere della Sera» ist das Tessiner Treuhandbüro der «Architekt der Offshore-Finanz» des Unternehmers, der von der italienischen Justiz verurteilt wurde.

Geld von der Lega Nord bis zu Gucci

An der Via Cantonale 19 findet sich ein anonymer Bau an der Ecke einer stark befahrenen Strasse, die ins Zentrum von Lugano führt. Die Adresse beherbergt 163 Unternehmen (362, wenn man die gelöschten hinzunimmt) und führt zur Schwarzgeldaffäre der Lega Nord. Denn ein hier niedergelassenes Treuhandbüro namens Dreieck verwaltete das Unternehmen auf den Bahamas, das die panamesische Gesellschaft kontrollierte, die der Fidirev (die Treuhänderin der Fidinamgruppe in Italien) angeblich verstecktes Geld überwiesen hatte. Der vielsagende Name Dreieck für ein Unternehmen, das in Offshore-Domizilen operiert, ist bereits Programm.

Aber es ist nicht die einzige interessante Treuhandgesellschaft an dieser Adresse. Das Gebäude beherbergt auch die Büros von Lardi & Partners SA, einem Adelio Lardi gehörendes Unternehmen. Sein Name ist im Tessin nur allzu bekannt: Er gilt als Erfinder des Steuersystems des multinationalen französischen Mode-

konzerns Kering, der über Jahre Gewinne in der Höhe von mehreren Milliarden Euro ins Tessin transferiert hatte, um von dessen Laschheit in Steuerfragen zu profitieren. 2012 wurden dort fast 70% der Konzerngewinne verwaltet, wie eine Fallstudie von Public Eye enthüllt hatte.

Auf dem Papier war die Produktivität der 600 Angestellten in der Schweiz gewaltig. Ohne eine Nähmaschine zu berühren, verdiente jede*r durchschnittlich 117 Mal mehr als Kolleg*innen in anderen Ländern. Es war Lardi, der im Tessin die Gucci SA gründete, die spätere Luxury Goods International SA (LGI), die bis 2019 von Kering Luxemburg (und heute von Kering Holland NV) kontrolliert wurde. Die LGI steht im Zentrum dieser Steueraffäre, die Kering vor zwei Jahren in Italien eine Rekordstrafe von 1,25 Milliarden Euro bescherte.

Adelio Lardi ist seit jeher Verwaltungsrat der LGI mit Sitz im Dorf Cadempino, dem Wohnort des Finanzintermediärs. Doch das ist nicht alles: Dank der Marke Gucci konnte Lardi mehrere Unternehmen der Kering-Gruppe verwalten, etwa Bottega Veneta und andere Modelabels, die sich im Tessin niedergelassen haben, darunter Abercrombie & Fitch, Tom Ford und Loro Piana. Manche dieser Marken waren an der Via Cantonale 19 gemeldet.

Adelio Lardi, der im Vorstand von 93 Tessiner Unternehmen sass, ist auch Mitglied des Verwaltungsrats der an einer anderen Adresse domizilierten DXT Commodities, ein Handelsunternehmen (Energie und Gas), das heute als das wichtigste Tessiner Unternehmen gilt und 2020 einen Gewinn von 112 Millionen erzielt hat. Die von Lugano aus operierende DXT Commodities wird von einer Luxemburger Holding kontrolliert, die über eine Unternehmenskette im Grossherzogtum letztlich einem in Liechtenstein niedergelassenen Trust gehört.

DXT Commodities scheint dem Italiener Bruno Bolfo zu gehören, der die Duferco-Gruppe gegründet hat, die weltweit im Stahlhandel führend ist. Dieses Unternehmen wird von einer Holding in Luxemburg kontrolliert (deren Mehrheitsanteile die chinesische Hebesteel hält; Bolfo hält eine Aktienminderheit), operiert aber von Lugano aus. Von 1996 bis 1998 hatte Duferco seinen Firmensitz an der Via Cantonale 19 und Adelio Lardi war von 1996 bis 2008 Mitglied im Verwaltungsrat. Als Duferco 1982 im Tessin gegründet wurde, war Bruno Bolfo nicht zugegen. Vor dem Notar erschien Elio Borradori, der sich als Finanzverwalter von Saddam Hussein einen Namen machen sollte.

Als ein Jahr später in Luxemburg das erste Unternehmen der Duferco Holding gegründet wurde, war das Vorgehen genau gleich: Die Kontrolle wurde Laconfida in Vaduz, einem Unternehmen von Borradoris Anwaltskanzlei, übertragen, von wo aus viele mehr oder weniger verborgene Finanzgeheimnisse über das treuhänderische Milieu Luganos weitergegeben werden. Wo ist heute der Sitz von Laconfida? Richtig, an der Via Cantonale 19. ■



Tote Bienen: Demonstration an der Generalversammlung 2019 des Bayer-Konzerns

© Maja Hitij/Getty Images

Die EU exportiert mehrere Tausend Tonnen «Bienenkiller», die auf ihrem Boden verboten sind

Trotz wachsendem Protest aus Wissenschaft und Bevölkerung halten die Agrochemiekonzerne am Geschäft mit bienenschädlichen Pestiziden fest und lassen jede Kritik an sich abperlen. Gleichzeitig schauen Regierungen tatenlos zu. Innerhalb von lediglich vier Monaten wurden aus der EU rund 3900 Tonnen Insektizide auf Basis von Neonicotinoiden exportiert, obwohl diese in der Gemeinschaft selbst verboten sind. Der Basler Konzern Syngenta ist in diesem Geschäft mit Abstand die Nummer eins.

LAURENT GABERELL UND GÉRALDINE VIRET

«Rettet die Bienen!» Das erschreckende Bienensterben hat über 1,2 Millionen Menschen in der Europäischen Union (EU) aufgerüttelt, die in einer Bürgerinitiative ein Verbot synthetischer Pestizide sowie drastische Massnahmen zum Schutz der Artenvielfalt fordern. Auch in der Schweiz ist die Bevölkerung angesichts der schädlichen Auswirkungen dieser Stoffe beunruhigt. Davon zeugen die politischen Debatten im Vorfeld der Abstimmungen zu Pestiziden – obschon die Vorlagen im Juni 2021 an der Urne scheiterten.

Schädlingsbekämpfungsmittel auf Basis von sogenannten Neonicotinoiden – Nervengifte, die das Zentral-

nervensystem von Insekten angreifen und seit den 1990er-Jahren grossflächig eingesetzt werden – machen immer wieder Schlagzeilen. In diesen letzten dreissig Jahren sind drei Viertel der Fluginsekten aus den westeuropäischen Landschaften verschwunden. Das Insektensterben hält bis heute an, mit verheerenden Folgen, denn weltweit sind drei Viertel aller Nutzpflanzen von Bienen und anderen Bestäuberinsekten abhängig, ebenso wie ein Drittel der gesamten Nahrungsmittelproduktion. Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) warnt denn auch, dass das Absterben der Insektenpopulationen, die auf Pestizide



und andere Umweltfaktoren sehr empfindlich reagieren, eine «ernste Bedrohung für die weltweite Ernährungssicherheit» darstelle.

Dave Goulson, Biologieprofessor an der Universität von Sussex, vergleicht die «Bienenkiller» mit einem berüchtigten sowjetischen Gift aus dem Kalten Krieg: «Neonicotinoide sind für Bienen so giftig wie Nowitschok für Menschen», sagt der Autor von «Silent Earth», einem Buch über das Schicksal der Bestäuberinsekten. «Die Stoffe verbleiben jahrelang in Böden und Pflanzen und vergiften alles, was sich von diesen ernährt oder Nektar von ihren Blüten sammelt. Ausserdem gelangen sie in Gewässer und schaden den darin lebenden Lebewesen.» Neonicotinoide sind die meistverwendeten Insektizide überhaupt. Der weltweite Markt dafür entspricht 3 Milliarden US-Dollar, schätzte das britische Marktanalyseunternehmen Phillips McDougall im Jahr 2018.

Verbot aufgrund «inakzeptabler» Risiken

Aufgrund «inakzeptabler» Risiken für Bienen beschloss die EU-Mitgliedstaaten im April 2018 ein Verbot der drei Neonicotinoide Imidacloprid, Thiamethoxam und Clothianidin für alle Freilandkulturen. Diese Entscheidung ist eine Weltpremiere und spiegelt gemäss FAO den «breiten Konsens» über die Notwendigkeit von Massnahmen zum Schutz von Bienen und anderen bestäubenden Insekten wider. Das Verbot kam zustande, nachdem

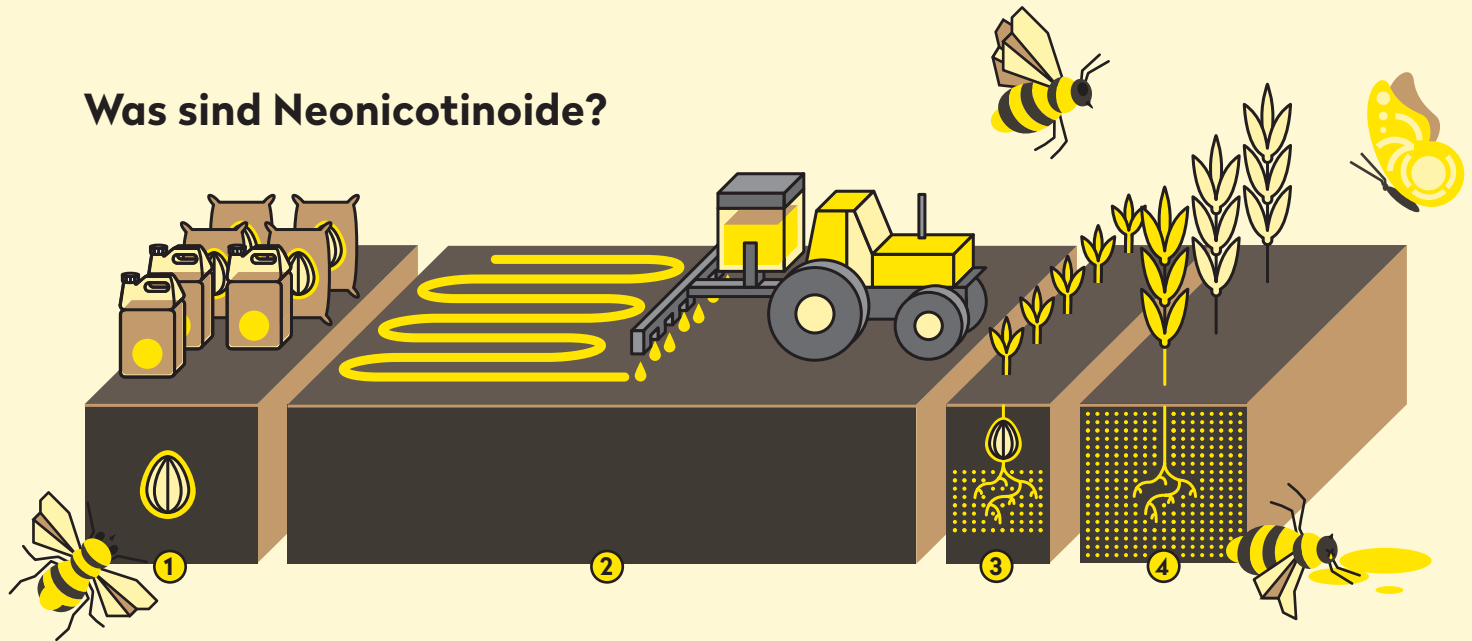
juristische Attacken der beiden grössten Hersteller von Neonicotinoiden, Bayer und Syngenta, am Gericht der Europäischen Union gescheitert waren.

Vertrauliche Ausfuhrdaten analysiert

Obwohl die EU die Anwendung dieser Neonicotinoide auf ihren eigenen Feldern verbietet, erlaubt sie den Agrochemiekonzernen weiterhin, die Pestizide auf EU-Gebiet herzustellen und sie in Länder mit schwächeren Vorschriften zu exportieren. Public Eye und Unearthed, das Investigativ-Team von Greenpeace Grossbritannien, enthüllen nun zum ersten Mal das Ausmass dieses giftigen Geschäfts. Wir konnten vertrauliche Ausfuhrdaten analysieren, die wir gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz von der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) eingefordert haben. Dabei handelt es sich um Informationen, welche die Konzerne den europäischen Behörden melden müssen, wenn sie in der EU verbotene Chemikalien exportieren wollen.

Wir stellten fest: Zwischen September und Dezember 2020 genehmigten die europäischen Behörden 299 Exporte von Neonicotinoiden, die in der EU verboten sind. Insgesamt geht es um rund 3900 Tonnen Pestizidprodukte, die über 700 Tonnen der Wirkstoffe Imidacloprid, Thiamethoxam oder Clothianidin enthielten. Eine Menge, die zur Behandlung von etwa 20 Millionen Hektar Ackerland reicht, also der gesamten Agrarfläche Frankreichs. An diesen Exporten sind neun EU-Länder

Was sind Neonicotinoide?



1 Eine Gruppe von Insektiziden

Die Chemikalienklasse der Neonicotinoide umfasst sieben mit Nikotin verwandte Wirkstoffe, die als Insektizide zum Einsatz kommen. Sie werden als flüssiges Spritzmittel oder zum Beizen von Saatgut verwendet, also vor der Aussaat auf die Samenkörner appliziert.

2 Massiver Einsatz

Neonicotinoide wurden in den 1990er-Jahren eingeführt und sind heute die weltweit am häufigsten verwendeten Insektizide. Sie werden beim Anbau von über 140 Pflanzen wie Sojabohnen, Mais, Weizen oder Raps eingesetzt.

3 Schon in niedriger Dosis giftig

Es handelt sich um Nervengifte, die Schädlinge schwächen oder töten, indem sie deren zentrales Nervensystem angreifen. Sie werden von sämtlichen Pflanzenteilen aufgenommen und vergiften auch Bestäuber sowie viele andere Insekten. Daher der Übername «Bienenkiller».

4 Gefahr für die Artenvielfalt

Neonicotinoide sind in der Umwelt sehr schwer abbaubar. Sie reichern sich im Boden und in Gewässern an und werden so für viele Insekten und sogar für Vögel zur Gefahr.

Ausfuhr verbotener Neonicotinoide aus der EU *

Wichtigste Exportländer

Land	Menge**	Anteil in %
Belgien	310	44,2
Frankreich	157	22,4
Deutschland	97	13,8
Spanien	78	11,2
Griechenland	26	3,7

Wichtigste Importländer

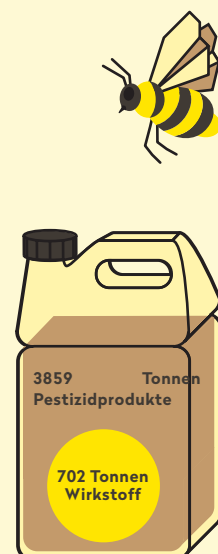
Land	Menge**	Anteil in %
Brasilien	318	45,4
Russland	95	13,5
Ukraine	44	6,2
Argentinien	35	5,0
Iran	29	4,2

Die drei verbotenen Neonicotinoide, die aus der EU exportiert werden

Wirkstoff	Menge**	Anteil in %
Thiamethoxam	551	78,6
Imidacloprid	95	13,5
Clothianidin	56	7,9

Die fünf wichtigsten Exportfirmen

Firma	Menge**	Anteil in %
Syngenta	551	78,6
Bayer	60	8,5
BASF	44	6,2
NuFarm	17	2,5
UPL	16	2,2



* Die Daten beziehen sich auf die Ausfuhr verbotener Neonicotinoide aus der EU von September bis Dezember 2020. Dabei handelt es sich um die von den Firmen vor der Ausfuhr gemeldeten Mengen, die teils von den tatsächlich exportierten Mengen abweichen können. Neonicotinoide können als reine Wirkstoffe oder als gebrauchsfertige Produkte (Pestizide) exportiert werden. ** in Tonnen Wirkstoff



beteiligt, wobei Belgien, Frankreich und Deutschland die grössten Player sind (siehe Grafik Seite 34).

Dreimal die Fläche Belgiens

Der Grossteil dieser Exporte von «Bienenkillern» aus der EU war für Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen wie Brasilien, Indonesien und Südafrika bestimmt. Dort birgt der Einsatz gefährlicher Pestizide aufgrund schwacher Kontrollen besonders hohe Risiken für die menschliche Gesundheit und die Umwelt. In vielen dieser Länder ist die Artenvielfalt sehr gross. Etwa in Brasilien, das während des untersuchten Zeitraums mit 2241 Tonnen Pestiziden auf der Basis von Neonicotinoiden regelrecht überschwemmt wurde. Die Lieferanten: die schweizerische Syngenta und der deutsche Bayer-Konzern.

Gemäss unseren Daten ist Syngenta der mit Abstand grösste Exporteur von Neonicotinoiden, die in der EU verboten sind. Im Herbst 2020 meldeten Syngenta-Tochtergesellschaften in der EU die Ausfuhr von 3426 Tonnen an Pestizidprodukten, die insgesamt 551 Tonnen Thiamethoxam enthielten – mehr als drei Viertel der gesamten aus der EU ausgeführten Menge an verbotenen Neonicotinoiden. An zweiter Stelle steht Bayer mit Pestizidexporten von insgesamt 138 Tonnen – darin enthalten waren 60 Tonnen Imidacloprid und Clothianidin. Die beiden Unternehmen unterhalten zahlreiche Produktionsstandorte in Europa und waren im Untersuchungszeitraum für fast 90% der Exporte von verbotenen Neonicotinoiden verantwortlich.

Pestizidflut für Brasiliens Sojaplantagen

Dass Syngenta diese traurige Rangliste anführt, ist auf eine gewaltige Lieferung von «Engeo Pleno S» nach Brasilien zurückzuführen. Der Kassenschlager enthält neben Thiamethoxam auch Lambda-Cyhalothrin, ein für Bienen ebenfalls hochgiftiger Stoff. Diese aus Belgien exportierten 2,2 Millionen Liter Pestizidprodukte sind mehrheitlich für Brasiliens riesige Sojaplantagen bestimmt und reichen für die Behandlung einer Fläche aus, die drei Mal so gross ist wie das Exportland Belgien.

Gemäss unserer Recherche gehen die Exporte verbotener Neonicotinoide aus der EU auch nach Afrika: unter anderem nach Kenia, wo Landwirt*innen berichten, dass sie ihre Pflanzen von Hand bestäuben müssen, weil Bienen und andere wichtige Insekten verschwinden. Ghana erhielt 2020 mindestens 50 Tonnen Insektizide mit Neonicotinoiden aus der EU. Die Pestizide, die im grossen Stil auf Kakaoplantagen eingesetzt werden, belasten die Böden und mindern deren Fruchtbarkeit.

Ein 2019 von Forschenden aus 17 afrikanischen Ländern veröffentlichter Bericht stellt fest, dass der verstärkte Einsatz von Neonicotinoiden in Afrika die Bestäubung sowie die natürliche Schädlingsbekämpfung einschränkt und dadurch die Ernährungssicherheit des

Kontinents gefährdet. Der Bericht fordert die Regierungen auf, zu verhindern, dass der wahllose Einsatz von Neonicotinoiden zu einer weiteren Verschlechterung der Nachhaltigkeit der Landwirtschaft und der Artenvielfalt in Afrika beiträgt.

Schluss mit der Scheinheiligkeit

Die EU selbst hält die Bedrohung für sehr ernst: Im Rahmen ihrer «Farm to Fork»-Strategie («Vom Hof auf den Tisch») plant die Europäische Kommission, die Einfuhr von Lebensmitteln zu stoppen, wenn darin Spuren von Pestiziden enthalten sind, die zu «globalen Umweltproblemen» beitragen, allen voran die Neonicotinoide. Diese «sind besonders giftig für Bienen und tragen erheblich zum Rückgang der Bestäuberpopenlationen bei», wie die Kommission uns auf Anfrage schreibt. «Wir fänden es nicht akzeptabel, dass die Produktion von Lebensmitteln für den Import in die EU [...] eine ernsthafte Bedrohung für die Bestäuberpopenlationen weltweit darstellt.»

Trotz dieser Erkenntnis erlaubt die EU ihrer eigenen Pestizidindustrie, diese giftigen Stoffe weiterhin auf europäischem Boden herzustellen und in Länder ausserhalb der EU zu exportieren. Jedoch zeichnet sich ein Kurswechsel ab: Nachdem wir bereits letztes Jahr auf Exporte verbotener Pestizide aufmerksam gemacht hatten, kündigte die Europäische Kommission im Oktober 2020 überraschend an, diese problematische Praxis →

Exportiert auch die Schweiz «Bienenkiller»?

Nach dem Freilandverbot von Imidacloprid, Thiamethoxam und Clothianidin in der EU ab 2018 hat das Bundesamt für Landwirtschaft die Verwendung dieser Neonicotinoide auch in der Schweiz verboten. Jedoch unterliegen die Stoffe den schweizerischen Bestimmungen für die Ausfuhr gefährlicher Chemikalien frühestens ab 2022 – weshalb die Unternehmen heute noch nicht verpflichtet sind, ihre Exporte den Behörden zu melden. Wir konnten daher nicht klären, ob verbotene Neonicotinoide auch aus der Schweiz exportiert werden. Theoretisch ist dies möglich, da ein vom Bundesrat im Jahr 2020 verhängtes Exportverbot nur für fünf verbotene Pestizide gilt, die in den letzten Jahren aus der Schweiz exportiert worden waren. Zudem verfügt Syngenta in Monthey VS über einen Produktionsstandort von Weltrang, der für die Herstellung von Thiamethoxam geeignet wäre.



© Keystone/Caro/Sorge

beenden zu wollen. Und im Frühjahr 2021 begrüßte der EU-Rat das Bestreben, «international eine führende Rolle für einen vernünftigen Umgang mit Chemikalien und Abfällen einzunehmen». Unter dem Druck diverser Mitgliedstaaten – insbesondere Deutschland, Italien und Ungarn – äusserte sich der EU-Rat jedoch nicht eindeutig zu einem möglichen Exportverbot, wie es die Kommission vorgeschlagen hatte.

UN-Sonderberichterstatter will Taten sehen

Der UN-Sonderberichterstatter für giftige Stoffe und Menschenrechte, Marcos Orellana, hält nichts von diesen Ausflüchten. Im Juni 2021 forderte er die europäischen Institutionen auf, Nägel mit Köpfen zu machen. Angesichts unserer neusten Recherchen bekräftigt er seine Forderungen: Die EU müsse die «Externalisierung der Gesundheits- und Umweltkosten auf die Schwächsten» beenden. Es handle sich um «eine Form der Ausbeutung.»

Public Eye und Uearthed haben die Exportstaaten um eine Stellungnahme gebeten. Ungarn und Grossbritannien halten demnach das derzeitige System, das auf der vorherigen Zustimmung der Importländer basiert, für ausreichend. Belgien und Dänemark hingegen unterstützen die Bestrebungen nach einem Exportverbot aus der EU. Auch Spanien begrüßt ein Vorgehen «in diesem Sinn» und Deutschland erklärt, man freue sich auf

die «konkreten Vorschläge der Kommission». Die Antwort von Frankreich war bei Redaktionsschluss noch ausstehend. Das Land hat jedoch bereits einen Exportstopp für EU-weit verbotene Pestizide aus Frankreich beschlossen, der 2022 in Kraft tritt.

EU-Kommission muss Entwurf vorlegen

Der Ball liegt nun bei der Europäischen Kommission, die in den kommenden Monaten einen Entwurf vorlegen muss. Sie will offenbar nichts überstürzen. Auf die Frage von Public Eye, ob es ein Exportverbot für Neonicotinoide geben wird, antwortet die Kommission: «Es ist noch zu früh, um zu bestimmen, welche Chemikalien Gegenstand möglicher Massnahmen sein könnten, da wir noch prüfen, welche Schritte am besten geeignet sind.»

Die Kommission ist zwar der Ansicht, dass ein EU-Ausfuhrverbot «Drittländer nicht automatisch dazu veranlassen wird, die Verwendung dieser Pestizide einzustellen, wenn sie die Möglichkeit haben, diese aus anderen Ländern einzuführen». Gleichzeitig erinnert sie aber an ihr eigenes Versprechen, «sicherzustellen, dass gefährliche Chemikalien, die in der EU verboten sind, nicht für die Ausfuhr hergestellt werden können, gegebenenfalls auch durch die Anpassung entsprechender Rechtsvorschriften».

«Wir müssen selbst konsequent sein.» Damit ist zwar alles gesagt, aber noch nichts getan. ■

Ablenken, abstreiten, einlullen: die bewährten Strategien der Konzerne

Die Saga der Neonicotinoide ist ein Paradebeispiel für Ablenkungsmanöver. Inspiriert von den Tabakkonzernen haben die Agrochemieunternehmen bewährte Techniken angewandt, um Zweifel an der Gefährlichkeit ihrer Produkte zu säen und staatliche Eingriffe zu verzögern. Mit dem Ziel, ihre giftigen Pestizide so lange wie möglich auf dem Markt zu halten und weiterhin saftige Gewinne zu erzielen.

Als der in den 1990er-Jahren einsetzende Niedergang der Bienenpopulationen in ganz Westeuropa der Imkerei stark zusetzte, begannen die Pestizidhersteller, ihre Produkte mit allen Mitteln zu verteidigen. Konkret suchten Syngenta, Bayer und Co. krampfhaft nach anderen Ursachen für das Bienensterben: etwa die Varroa-Milbe, die Bienenvölker befällt, oder andere natürliche Krankheitserreger. Dabei belegen öffentliche Expertenberichte seit fast zwanzig Jahren die toxische Wirkung von Neonicotinoiden auf Bienen, und zwar bereits in sehr niedrigen Dosen. Warum gibt es also immer noch keinen Konsens darüber, dass diese Stoffe für Bestäuberinsekten gefährlich sind?

Eine Antwort auf diese zentrale Frage liefert der französische Journalist Stéphane Foucart, Ko-Autor der Dokumentation «Forschung, Fake und faule Tricks» des TV-Senders Arte, im Beitrag: «Nach den ersten Anzeichen des Bienensterbens gab es schon bald vier oder fünf Mal so viele Studien zu allen möglichen anderen Ursachen.» Mit anderen Worten: Die Wissenschaft wurde dazu eingespannt, die Aufmerksamkeit von Pestiziden wegzulenken.

Die zeitliche Entwicklung zeigt jedoch: Der einzige neue Faktor, der ein dermassen dramatisches Bienensterben erklären konnte, war die Einführung der Neonicotinoide in der Landwirtschaft in den frühen 1990er-Jahren. «Nur eine massive Umweltverschmutzung kontinentalen Ausmasses kann das weltweite Bienensterben erklären, das selbst in Regionen einsetzte, in denen sich die Lebensweise und die Landschaft in den letzten vierzig Jahren kaum verändert haben», schreibt Nadir Alvarez, Professor für Genetik und Evolution an der Universität Genf, in einem Gastbeitrag zum Insektensterben im Westschweizer Online-Medium Heidi.news. Eine Studie der Universität Neuenburg aus dem Jahr 2017 hat denn auch gezeigt, dass «75% der Honigproben, die auf allen Kontinenten gesammelt wurden, mindestens eine Art von Neonicotinoid enthalten».

Syngenta ist der weltweit führende Pestizidhersteller und der einzige Exporteur von Thiamethoxam. Das Produkt spielt jedes Jahr Hunderte von Millionen Dollar ein. Seit rund dreissig Jahren leugnet oder verharmlost der Basler Konzern die Rolle der Neonicotinoide beim Kollaps der

Bienenpopulationen. Seine Haltung grenzt gar an Realitätsverweigerung, wenn er behauptet, die Medien würden bezüglich Bienensterben «die real existierenden wissenschaftlichen Daten aufbauschen». Derweil garantiert Syngenta stets, dass die firmeneigenen Produkte «sicher» seien und dass das Unternehmen «sämtliche Gesetze und Sicherheitsstandards in den Einfuhrländern einhält». Bayer bläst ins gleiche Horn und gibt an, die «Bienengesundheit» sehr ernst zu nehmen.

Operation Greenwashing

Auch Syngenta versucht, die Öffentlichkeit mit positiven Gefühlen abzuholen. Um seine Liebe zu den Bienen zu demonstrieren, hat der Konzern 2009 die «Operation Bestäuber» ins Leben gerufen. Das Programm soll die Präsenz einheimischer Bestäuberinsekten erhöhen, indem ihnen Blütenstreifen als Lebensräume und Nahrungsquellen am Rand der Felder zur Verfügung gestellt werden. Ein paar Blümchen als Belohnung also, für den Fall, dass die Bienen die toxischen Neonicotinoide überlebt haben. Viele dieser Initiativen seien Greenwashing, sagt Dave Goulson, Professor für Biologie an der Universität von Sussex: «Wie kann man vorgeben, sich um die Bienen zu sorgen, wenn man gleichzeitig weiterhin Tausende Tonnen von Chemikalien vertreibt, welche die Bienen töten?»



Bezeichnet Initiativen der Konzerne als Greenwashing: Dave Goulson, Professor an der Universität von Sussex



Oliver Classen ist seit über zehn Jahren Mediensprecher von Public Eye. Zudem schrieb er am Rohstoff-Buch mit und koordinierte viele Jahre die Public Eye Awards (2000–2015) als Gegenveranstaltung zum Weltwirtschaftsforum WEF in Davos. Vorher arbeitete er für verschiedene Zeitungen, darunter die «Handelszeitung» und den «Tages-Anzeiger».

Den Blog «Standpunkte» können Sie auf unserer Website abonnieren: publiceye.ch/blog

Top 500 der Schweizer Unternehmen: die Ausbürgerung der Schweizer Rohstoffkonzerne

Die grösste Schweizer Wirtschaftszeitung hat Trafigura, das umsatzstärkste Schweizer Unternehmen, aus dem wohl wichtigsten Ranking der Schweizer Wirtschaft eliminiert. Noch verstörender als die Begründung dieses beispiellosen Vorgangs ist nur, dass ihn bis zur Online-Publikation dieses Artikels bislang niemand moniert hat, auch nicht der betroffene Rohstoffkonzern. Die in der Rangliste nachträglich aufgerückte Konkurrenz von Trafigura schweigt ebenso wie die publizistischen Mitbewerber der «Handelszeitung». Das wirft eine Reihe von Fragen auf.

Für Trafigura war 2020 ein Rekordjahr. Ihre «stunning performance» zeigt, dass die Handelsfirma bislang deutlich besser durch die Coronakrise gekommen ist als etwa Glencore oder Vitol. In einem Kommentar dazu nannte die «Neue Zürcher Zeitung» Trafigura Mitte Juni ein «Genfer Unternehmen», das «in Singapur beheimatet ist, aber von der Calvinstadt aus gelenkt wird». Diese etwas kurvige, aber doch klare Verortung von Trafiguras operativem Zentrum in der Schweiz war bislang medialer Konsens, auch international. Schachtelkonstruktionen zur Minimierung von Steuern und juristischen Risiken sind in dieser Branche zwar besonders üblich und bei Trafigura besonders komplex (u. a.

mit der Holding in den Niederlanden, einem Teil der Verwaltung in Singapur und der ultimativen Offshore-Muttergesellschaft auf der Karibikinsel Curaçao). Dessen ungeachtet titelte der «Tages-Anzeiger» kürzlich erst «Schweizer Ölhändler in Korruptionsaffäre verwickelt» – und meinte damit Trafigura. Auch auf Wikipedia wird der von einem ehemaligen Marc-Rich-Mitarbeiter 1993 gegründete Rohstoffriesen jenem Land zugeordnet, wo seine Geschäftsaktivitäten auch heute noch zusammenlaufen. Kompromisslose «Global Player» wie die grossen Commodity Trader sind zwar vaterlandslose Gesellen. Das hält Journalist*innen jedoch nicht davon ab, ihnen nationale

6 | Fokus

DIE UMSATZMILLIARDÄRE
Die grössten Unternehmen der Schweiz
Ohne Banken und Versicherungen*

Rang 2020	Rang 2019	Firma	Umsatz (in Mio Fr.) 2020
1	3	Trafigura	137000,0
2	2	Glencore International	133000,0
3	1	Vitol	131000,0
4	5	Cargill International	107870,0
5	4	Mercuria Energy Trading	86600,0
6	6	Nestlé	84343,0
7	8	Roche	58323,0

Die grössten Unternehmen in der Schweiz

DIE GRÖSSTEN UNTERNEHMEN IN DER SCHWEIZ UND

Rang 2020	Rang 2019	Firma	Hauptsitz	Umsatz (in Mio Fr.) 2020	Veränderung (in %)	Ebit (in Mio Fr.) 2020	Veränderung (in %)
1	2	Glencore International AG	Baar	133513,0 ⁸	-37,6	4142,2	0,0
2	1	Vitol SA	Genf	131320,0 ⁸	-41,3		
3	5	Cargill International SA	Genf	107870,0 ⁸	-4,4		
4	4	Mercuria Energy Trading SA	Genf	86600,0 ¹	-24,9		
5	6	Nestlé-Konzern	Vevey	84343,0	-8,9	14796,0	-8,9
6	7	Roche Holding AG	Basel	58323,0	-5,1	18547,0	-5,1
7	8	Roche Holding AG	Basel	58323,0	-5,1	18547,0	-5,1
8	9	Roche Holding AG	Basel	58323,0	-5,1	18547,0	-5,1
9	10	Roche Holding AG	Basel	58323,0	-5,1	18547,0	-5,1
10	11	Roche Holding AG	Basel	58323,0	-5,1	18547,0	-5,1



© Carl de Keyser/Magnum

Identitäten zuzuschreiben. Diese nutzt dann zum Beispiel die «Handelszeitung» zur Erstellung ihrer berühmt-berüchtigten Ranglisten. Ende Juni verkündete das Blatt, dass es «Trafigura mit knapp 138 Milliarden Franken auf Platz eins der helvetischen Umsatzriesen [geschafft hat]. Vor Glencore, vor Vitol, vor Cargill und vor Mercuria.» Im kurz darauf publizierten PDF der «TOP 500 – Die grössten Unternehmen der Schweiz 2021», das für schlappe 45 Stutz downloadbar ist, dann auf Seite 25 der Hammer: «Offenbar wurde, ohne sichtbare Kommunikation, im letzten Jahr der Hauptsitz von Genf nach Amsterdam verlegt (...), was uns bewog, Trafigura aus der Liste zu nehmen.»

Zack bumm! In nur einem Satz stirbt der Spitzenreiter einen völlig absurden, ja skandalösen Listentod. Denn dieser Satz enthält gleich drei kapitale Fehler:

1. Bei Konzernen wie Trafigura gehört es seit jeher zum Geschäftsmodell, KEINEN traditionellen Hauptsitz mehr zu haben.
2. Die in den Niederlanden registrierte Trafigura Beheer B.V. fungiert schon seit Jahrzehnten als finanzielle Muttergesellschaft, und laut dem Wirtschaftsinformationsdienst Moneyhouse betraf der einzige nennenswerte Transfer letztes Jahr die Luzerner Zweigniederlassung der Singapur Holding Trafigura Pte Ltd, die nach Genf wanderte.
3. Das Wörtchen «offenbar» zeigt die Arg- und Ahnungslosigkeit einer Redaktion, die sich für diesen massiven Eingriff auf ominöse Hinweise beruft, ohne deren Urheber auszuweisen und Angaben zu verifizieren. Journalistische Transparenz und Kompetenz sehen anders aus.

«Selbst Zug wurde von einer Quelle [als eigentlicher Hauptsitz] genannt», heisst es am Ende des oben zitierten Abschnitts. Wer Trafiguras Geschichte auch nur von Ferne kennt, verfällt spätestens hier in Lach- oder Weinkrämpfe.

Und stellt sich dann gleich die Frage, was die zu Ringier Axel Springer Schweiz gehörende «Handelszeitung» zu dieser Harakiri-Aktion veranlasst hat. Und was der langjährige Projektpartner, der Wirtschaftsdatendienst Dun & Bradstreet, davon wusste. Schliesslich steht ja nicht nur die Glaubwürdigkeit der (laut Eigenwerbung) «führenden Wirtschaftszeitung der Schweiz», sondern auch jene ihres Datenlieferanten auf dem Spiel. In dessen Marketing-Blog zu den Top 500 findet der willkürliche Wechsel von Trafigura zu Glencore an der Spitze der Liste jedenfalls keinerlei Erwähnung. Fast noch irritierender als die Begründung dieses Willkürakts ist die Tatsache, dass ihn bis zur Online-Publikation dieses Artikels entweder niemand bemerkt oder sich niemand daran gestört hat. Beides wirft kein gutes Licht auf die Relevanz des breit beworbenen und gern zitierten Kernprodukts der «Handelszeitung».

Glencore & Co könnten jederzeit das Schicksal von Trafigura teilen

Selbst die betroffene Firma hat zunächst keinen Einspruch gegen ihre journalistische Ausbürgerung erhoben. Erst auf die durch unseren Blog inspirierte Nachfrage des «Tages-Anzeiger» wehrte sich Trafigura: «Die Behauptung (der Handelszeitung), unser Hauptquartier sei nach Amsterdam verlegt worden, ist völlig unzutreffend.» Von der aufs Siegerpodest nachrückenden Konkurrenz war sowieso kein Protest zu erwarten. Dabei könnten Glencore, Vitol & Co jederzeit das Schicksal von Trafigura teilen. Denn mit ihrem abenteuerlichen De-Listing hat die «Handelszeitung» eine Pandora-Büchse geöffnet: Welche Kriterien muss eine «Schweizer Firma» erfüllen, um dieses Prädikat zu er- respektive behalten? Was immer ein solcher Katalog beinhaltet: Den Rohstoffsektor, der auch ohne Trafigura immer noch sechs Top-Ten-Plätze in den Top 500 belegt, müsste man bei konsequenter Anwendung wohl integral aus der Liste streichen. ■



Handelsregeln für soziale Gerechtigkeit und eine nachhaltige Entwicklung

© Andy Clark/Reuters

Die Welthandelsorganisation WTO steckt in einer ernsten Legitimationskrise. Krisen sind aber immer auch Chancen. Um diese zu nutzen, muss an der WTO-Ministerkonferenz von Ende November und darüber hinaus eine Vision eines neuen globalen Handelssystems entwickelt werden. Dieses soll der wachsenden Ungleichheit entgegentreten und die UNO-Ziele für nachhaltige Entwicklung ins Zentrum ihres Regelwerks stellen. In einer breit abgestützten Erklärung weist die globale Zivilgesellschaft den Weg.

THOMAS BRAUNSCHWEIG

Die WTO ist in einer schlechten Verfassung. Eine ihrer zentralen Funktionen, die Schlichtung von Handelsstreitigkeiten zwischen den Mitgliedern, kann sie nicht mehr ausüben. Der Grund liegt in der Blockade der USA bei der Ernennung neuer Richter*innen für die letzte Berufungsinstanz des Schiedsgerichts. Ex-Präsident Donald Trump empfand dessen Urteile als ungerecht gegenüber den USA und blockierte in der Folge die Wahl von Nachfolger*innen für das Berufungsgericht, womit dieses nicht mehr beschlussfähig war. Dazu kommt, dass die letzte grosse Verhandlungsrunde auch nach 20 Jahren nicht erfolgreich abgeschlossen werden konnte; inzwischen gilt sie als klinisch tot. In den als Doha-Entwicklungsagenda bezeichneten Verhandlungen sollten erstmals die Interessen und Bedürfnisse des Globalen Südens im Zentrum stehen. Entsprechend gross ist dort die Frustration.

In anderen Bereichen stocken die Verhandlungen ebenfalls, was den früheren WTO-Generaldirektor Roberto Azevêdo letztes Jahr zum vorzeitigen Rücktritt veranlasste. Mit der Nachfolgerin Ngozi Okonjo-Iweala, der ersten Frau an der Spitze der WTO, keimte neue Hoffnung auf. Doch bei den Vorbereitungen zur Ende November beginnenden 12. Ministerkonferenz in Genf (MC12) wehte ihr schon bald ein rauer Wind entgegen. Die Positionen der WTO-Mitglieder liegen bei wichtigen Verhandlungsdossiers nach wie vor weit auseinander,

was den Erfolg der Ministerkonferenz ernsthaft gefährdet und die Nigerianerin Okonjo-Iweala Gerüchten zufolge dazu bewog, im Falle eines Scheiterns mit ihrem Rücktritt zu drohen: Sie hätte noch keine Möbel für ihr temporäres Zuhause in Genf gekauft.

Worum es bei der 12. Ministerkonferenz geht

Die aus entwicklungspolitischer Sicht wichtigsten Themen an der MC12 sind die vorübergehende Lockerung des Patentschutzes durch Ausnahmeregelungen vom Abkommen über geistige Eigentumsrechte (TRIPS-Abkommen) aufgrund von Covid-19, der Abbau von Fischereisubventionen sowie die handelsverzerrenden Unterstützungsmassnahmen in der Landwirtschaft. Letztere sind aufgrund der stark divergierenden Positionen der WTO-Mitglieder ein Dauerthema an Ministerkonferenzen. Auch für MC12 sind in diesem Bereich keine substantiellen Ergebnisse zu erwarten. Entsprechend tief sind die Erwartungen: Die Verhandlungsdelegationen hoffen, sich zumindest auf ein Arbeitsprogramm für die Zeit nach MC12 einigen zu können.

Mit dem sogenannten TRIPS Waiver liegt nun seit über einem Jahr ein Vorschlag auf dem Verhandlungstisch (siehe Box rechts), der es jedem WTO-Mitgliedstaat erlauben würde, den Schutz des geistigen Eigentums in Zusammenhang mit diagnostischen Tests, Behandlungen

oder Impfstoffen gegen Covid-19 so lange zu suspendieren, wie dies die Pandemiebekämpfung erfordert. Dies würde den raschen Ausbau von Produktionsstätten für dringend benötigte medizinische Produkte ermöglichen. Denn die knappen Impfstoffe werden grösstenteils von den reichen Ländern gehortet. Die Entscheidung über diesen Vorschlag wird von vielen Beobachter*innen als Lackmustest für die künftige Relevanz der WTO gesehen, Antworten auf drängende globale Herausforderungen zu finden.

Die bereits 20 Jahre andauernden Verhandlungen über Fischereisubventionen illustrieren die sehr unterschiedlichen Interessenslagen der WTO-Mitglieder. Bei diesem Verhandlungsdossier geht es um das Verbot jener Subventionen, die zur Überkapazität der Fischfangflotten und zur Überfischung der Weltmeere beitragen. Weiter sollen Subventionen abgeschafft werden, die die illegale, undokumentierte und unregulierte Fischerei begünstigen. Und schliesslich soll verhindert werden, dass neue Subventionen für den Fischereisektor eingeführt werden. Ein Hauptstreitpunkt, der für den Globalen Süden von grosser Bedeutung ist, betrifft die Frage nach Ausnahmen für die kleingewerbliche Fischerei. Bei Redaktionsschluss war noch unklar, ob eine Kompromissformel einen Erfolg an der MC12 ermöglicht.

Eine zivilgesellschaftliche Vision für ein zukunftstaugliches Handelssystem

Im Vorfeld der Ministerkonferenz haben über 200 zivilgesellschaftliche Organisationen aus aller Welt, darunter Public Eye, eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht, in der sie für eine grundlegende Neuausrichtung der multilateralen Handelsregeln plädieren. Diese muss den gemeinsamen Wohlstand für alle statt Konzernprofite ins Zentrum stellen und sich konsequent an den UNO-Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, kurz SDG) ausrichten.

Die vom internationalen NGO-Netzwerk «Our World Is Not For Sale» koordinierte Erklärung macht das Regelwerk der WTO mitverantwortlich für die inakzeptable Machtkonzentration bei gleichzeitig steigender Ungleichheit. Diese Regeln hätten das Interesse der Unternehmen, die globale Produktion zu konzentrieren, um ihre Profite zu maximieren, über die Anliegen der Länder gestellt, lokale Produktionskapazitäten und ein breites Angebot an Importen aufrechtzuerhalten. Die Versorgungsengpässe bei medizinischen Produkten für die Bekämpfung der Covid-19-Pandemie illustrieren die Konsequenzen daraus.

Im Kern fordert das zwölfseitige Papier mehr politischen Handlungsspielraum für die Länder des Globalen Südens, um eine eigenständige Industriepolitik zu betreiben, lebenswürdige Arbeit zu schaffen, den Service Public zu sichern und die Ernährungssicherheit in ihrem Land zu verbessern. Dieser Spielraum wird von den Regeln der WTO zunehmend eingeschränkt. Dabei haben die Industrieländer auf ihrem Weg der Entwicklung genau solche Politikinstrumente erfolgreich angewandt. ■

Die WTO-Ministerkonferenz

Die alle zwei Jahre stattfindende Ministerkonferenz ist das höchste Entscheidungsgremium der WTO. Am Treffen der Handelsminister*innen der 164 Mitgliedstaaten wird über Handelsregeln und die Aufnahme von neuen Verhandlungsrunden entschieden. Dabei gilt das Konsensprinzip. In Erinnerung bleibt vielen die von massiven Protesten begleitete Ministerkonferenz in der US-Stadt Seattle im Jahr 1999. Die als «Battle of Seattle» bezeichneten Demonstrationen trugen zum Scheitern der Ministerkonferenz bei. Auch bei nachfolgenden WTO-Ministerkonferenzen kam es immer wieder zu Protesten, allerdings in weit kleinerem Ausmass. Die jüngsten Treffen in Bali (2013), Nairobi (2015) und Buenos Aires (2017) endeten jeweils ohne substantielle Ergebnisse. Dies zeigt, dass es immer schwieriger wird, unter der wachsenden Zahl von WTO-Mitgliedern einen Konsens zu finden. Die ursprünglich für 2020 geplante 12. Ministerkonferenz musste aufgrund der Pandemie verschoben werden und wird nun vom 30. November bis 3. Dezember 2021 in Genf stattfinden.

Schweizer Opposition gegen den TRIPS Waiver

Der Vorschlag zur TRIPS-Ausnahmeregelung während der Covid-19-Pandemie wurde von Indien und Südafrika eingebracht und wird mittlerweile von über 100 Ländern mitgetragen. Auch eine Mehrheit im Europäischen Parlament, die Weltgesundheitsorganisation WHO sowie zahlreiche Organisationen der Zivilgesellschaft unterstützen das Anliegen. Hartnäckiger Widerstand gegen den Vorschlag kommt insbesondere von Grossbritannien, der EU (bzw. einzelnen Mitgliedstaaten) – und der Schweiz. Public Eye appelliert seit einem Jahr an die Schweizer Regierung, ihre oppositionelle Haltung aufzugeben. Dazu meint unser Gesundheitsexperte Patrick Durisch: «Die ideologische Blockadehaltung unserer Regierung ist nicht mehr haltbar. Es ist an der Zeit, dass die Behörden die Gesundheit aller Menschen über die Profite einiger Pharmakonzerne stellen.»



«Dank dem Accord fühle ich mich in der Fabrik sicher und geschützt»: Textilarbeiterin in Bangladesch.

Durchbruch in der globalen Textilindustrie

Nach monatelangen Verhandlungen über die Fortführung des Bangladesh Accords haben sich Gewerkschaftsverbände und Modefirmen auf ein neues internationales Abkommen für Gesundheit und Arbeitssicherheit geeinigt. Dieses baut das erfolgreiche Modell des Accords weiter aus. Doch aus der Schweiz machen bisher nur Coop, Migros, Tally Weijl und Triumph mit.

Die Unterzeichnung dieses neuen internationalen Abkommens ist das Ergebnis zäher Verhandlungen und intensiver Kampagnenarbeit sowie ein grosser Erfolg im Kampf um mehr Sicherheit für Textilarbeiter*innen weltweit. Der «International Accord for Health and Safety in the Textile and Garment Industry» behält die wesentlichen Elemente des bahnbrechenden Bangladesch-Abkommens bei, das 2013 als Folge des verheerenden Einsturzes eines Fabrikgebäudes mit über 1100 Toten und fast 2500 Verletzten ins Leben gerufen wurde:

- eine unabhängige Überwachung und Kontrolle der Einhaltung der Sicherheitsvorgaben;
- die Verpflichtung zu Einkaufspreisen, die sichere Arbeitsplätze gewährleisten;
- die Verpflichtung, die Geschäftstätigkeit mit Fabriken einzustellen, welche die Sicherheitsbestimmungen des Accords nicht respektieren;

- und die rechtliche Durchsetzbarkeit der Verpflichtungen der Modeunternehmen.

Ausweitung auf andere Länder

Auch in anderen Textil-Produktionsländern wie z. B. Pakistan, wo Fabrikbrände oder einstürzende Gebäude ebenfalls häufig zu Todesopfern führen, fordern Gewerkschaften und Arbeitsrechtsorganisationen seit Jahren wirksame Massnahmen zur Arbeitsplatzsicherheit. Während der Bangladesh Accord auf Bangladesch beschränkt war, sollen innerhalb der nächsten Monate nun weitere Produktionsländer festgelegt werden, auf die das internationale Abkommen rechtlich verbindlich ausgeweitet wird.

Der Bangladesh Accord lief Ende Mai 2021 aus. Seit Monaten kämpften die Internationalen Gewerkschaftsverbände sowie Unterzeichnerorganisationen wie die Clean Clothes Campaign für dessen Weiterführung und Ausweitung. Das neue Abkommen ist seit dem



Schweizer Modeunternehmen, die in Bangladesch produzieren lassen, und ihre Haltung zum Internationalen Abkommen (Stand 2. November 2021).

- Abkommen unterzeichnet
- Abkommen bisher nicht unterzeichnet

1. September 2021 in Kraft; es ist ein grosser Erfolg dieser Koalition aus Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Bisher haben über 140 Modeunternehmen das Abkommen unterzeichnet, darunter als einzige Schweizer Firmen Coop, Migros, Tally Weijl und Triumph. Andere Schweizer Unternehmen, die unseren Informationen zufolge ebenfalls in Bangladesch Kleidung produzieren lassen, wie Chicorée, Intersport International, Mammut, Manor und Zebra, verweigern bislang jedoch ihre Teilnahme am Accord. Dabei ist es jetzt zentral, dass alle Modeunternehmen mitmachen, die in Bangladesch ihre Kleider nähen lassen – damit die Menschen, die unsere Kleidung herstellen, dafür nicht ihr Leben riskieren müssen. Sobald der neue Internationale Accord auf weitere Länder ausgeweitet wird, sind zusätzlich alle Modeunternehmen gefragt, den Accord zu unterzeichnen, die in diesen Ländern produzieren lassen. Nile und Workfashion, zwei kleinere Modeunternehmen, erklären sich bereits dazu bereit, das Abkommen zu unterzeichnen, sobald es auf Produktionsländer ausgeweitet wird, in denen sie produzieren lassen. Aber natürlich sollen Modeunternehmen überall, wo ihre Kleider produziert werden, für sichere Arbeitsbedingungen und einen guten Schutz der Gesundheit der Arbeiter*innen sorgen. ■

#PayYourWorkers Kampagne: Der Druck bleibt hoch

Mit der #PayYourWorkers Kampagne der Clean Clothes Campaign (CCC) fordern wir seit April von Modefirmen und Detailhändlern, dass sie Löhne und Abfindungen sicherstellen und Arbeitsrechte respektieren. Die Kampagne wird von über 230 Organisationen weltweit unterstützt, in der Schweiz haben über 13 000 Menschen die Petition bereits unterzeichnet. Dieser Druck auf die Modefirmen ist dringend notwendig, denn gemäss Berechnung der CCC fehlen den Textilarbeiter*innen in sieben Produktionsländern während der Pandemie Löhne in Höhe von fast 12 Milliarden US-Dollar. Die massiven Lohnausfälle, die zunehmende Arbeitsbelastung, die steigenden Lebenskosten, unsicheren Arbeitsverhältnisse sowie natürlich die Pandemie selbst setzen den Arbeiter*innen in der Textilindustrie stark zu.

Allein von April bis Mai 2021 wurden Textilarbeiter*innen in Kambodscha, die Kleider für global tätige Unternehmen wie Adidas, C&A, H&M, Inditex oder Nike herstellen, Löhne in der Höhe von geschätzt 109 Millionen US-Dollar vorenthalten – insgesamt seit Beginn der Pandemie fast 400 Millionen. Dies hat Public Eye zusammen mit lokalen Gewerkschaften berechnet. Als Reaktion auf diesen Lohndiebstahl haben kambodschanische Gewerkschafter*innen grosse Modeunternehmen wie H&M, C&A oder Inditex dazu aufgefordert, die Nachzahlung der ausstehenden Löhne zu gewährleisten. Modefirmen könnten mit nur rund 10 Rappen pro T-Shirt ihr Einkommen sichern. Die Reaktionen der Modeunternehmen sind jedoch ernüchternd. Bisher drücken sie sich nicht nur davor, die Lohnlücke zu schliessen, die meisten weigern sich gar, das Kernproblem anzuerkennen und eine klare Antwort auf die Forderung der Gewerkschaften zu geben.

Die Gewerkschaftskämpfe in Kambodscha zeigen jedoch, dass zahlreiche Arbeiter*innen trotz der widrigen Umstände sich für ihre Rechte einsetzen und auf die Strasse gehen. Die Clean Clothes Campaign (CCC) sowie Public Eye unterstützen sie aktiv darin. Mit zahlreichen Reportagen hat die CCC zudem in den vergangenen Monaten ausführlich über den Lohndiebstahl der Modeunternehmen informiert und zu ausgefallenen Strassen- und Onlineaktionen aufgerufen.

Zusammen kämpfen wir für die Zahlung der Löhne an die Arbeiter*innen und die Einhaltung der Rechte der Gewerkschaften.

Haben Sie die Petition schon unterzeichnet?
publiceye.ch/payyourworkers



VERSCHENKEN SIE EINE MITGLIEDSCHAFT!

Schenken und gleichzeitig etwas Gutes tun? Kein Problem! **Beschenken Sie Ihre Liebsten mit einer Public Eye Mitgliedschaft.** Eine reguläre Mitgliedschaft gibt es für 75 Franken, eine Jugendmitgliedschaft für Personen bis 27 Jahre bereits für 30 Franken.

Die von Ihnen Beschenkten erhalten sechsmal pro Jahr die neuste Ausgabe unseres Magazins mit exklusiven Recherchen und informativen Reportagen. Mit diesem originellen

und nachhaltigen Geschenk stärken Sie Public Eye und helfen uns, hier in der Schweiz dafür einzutreten, dass die offizielle Schweiz und die Schweizer Unternehmen ihre Verantwortung wahrnehmen.

Bestellung mit Antwortkarte in diesem Heft oder online unter publiceye.ch/geschenkmemberschaft

Wir wünschen Ihnen frohe Festtage!

Wo Konzerne lieber im Verborgenen agieren und die Politik dies zulässt, da schaut Public Eye ganz genau hin: Mit Recherchen, Lobbyarbeit, Kampagnen und politischen Vorstössen setzen wir uns dafür ein, dass Schweizer Unternehmen und die offizielle Schweiz ihre Verantwortung zur weltweiten Achtung der Menschenrechte wahrnehmen.

Public Eye, Diererstrasse 12, Postfach, 8021 Zürich
Tel. +41 (0)44 2 777 999, kontakt@publiceye.ch, Spendenkonto 80-8885-4

publiceye.ch

[@publiceye_ch](https://twitter.com/publiceye_ch) [f @publiceye.ch](https://www.facebook.com/publiceye.ch) [@publiceye_ch](https://www.instagram.com/publiceye_ch)



Globale
Gerechtigkeit
beginnt bei uns

Public Eye